

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigentell: Eduard Steindrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 60 Pfg.
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Unsere Tarifverträge.

Die Tarifbewegung im verflochtenen Frühjahr hat eine wichtige Veränderung für das Tarifwesen in der Holzindustrie zur Folge gehabt. Die mit dem Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Holzgewerbe abgeschlossenen Tarifverträge waren bisher in vier Gruppen geteilt. Im Februar eines jeden Jahres lief jeweils der Vertrag in einer Gruppe von Städten ab, nachdem drei Monate zuvor die Kündigung erfolgt war. An die im November erfolgte Vertragskündigung schlossen sich Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen und den Vertretern der örtlichen Parteien, die sich meist weit in das Frühjahr hingen. Wenn auch seit den unangenehmen Erfahrungen, die der Arbeitgeber-Schutzverband mit seiner großen Aussperrung im Jahre 1907 gemacht hat, bei diesen umfangreichen Vertragsverhandlungen immer wieder eine friedliche Verständigung erzielt wurde, so stand die Holzindustrie doch in jedem Frühjahr von neuem vor der Gefahr eines großen Kampfes und diese Gefahr schien wiederholt, wie auch im letzten Frühjahr wieder, ganz bedenklich nahe gerückt.

In diesem Zustand haben die letzten großen Vertragsverhandlungen eine bedeutsame Wendung gebracht. Durch den Schiedspruch des Freiherrn v. Berlepsch, der von beiden Seiten anerkannt wurde und damit Rechtskraft erlangt hat, sind die seitherigen vier Gruppen von Vertragsstädten zu zweien zusammengesetzt. Die Verträge werden auf vier Jahre abgeschlossen, und nachdem über die eine Gruppe von Verträgen im Jahre 1913 verhandelt wurde, wurde als Ablaufstermin für die andere Gruppe der 15. Februar 1915 bestimmt. Ueber die Gründe, die zu dieser Entscheidung führten, brauchen wir uns an dieser Stelle nicht weiter auszulassen. Es genügt daran zu erinnern, daß es sich um einen Kompromiß zwischen den entgegenstehenden Ansichten der Parteien handelte. Die in Betracht kommenden Sätze in dem vom Freiherrn von Berlepsch gefällten Schiedspruch haben folgenden Wortlaut:

I. Vertragsdauer.

Die Vertragsdauer der jetzt zur Verhandlung stehenden Städte läuft bis zum 15. Februar 1917.

Die Zusammenlegung der Gruppen von 1914, 15 und 16 auf 1915 erfolgt unter folgenden Bedingungen:

1. Die Verträge des Jahres 1914 werden beiderseits nicht gekündigt und laufen somit bis zum 15. Februar 1915 weiter.

2. Es wird allen Vertragsarbeitern dieser Orte am 15. Februar 1914 eine Lohn-erhöhung von 2 Pf. pro Stunde resp. eine dementsprechende Erhöhung der bestehenden Akkordpreise und Akkordtarife gewährt.

3. Die Verträge des Jahres 1916 werden im Jahre 1915 mit zur Verhandlung gestellt.

4. Im Jahre 1915 werden alsdann für alle diese Orte neue Verträge mit dem gemeinsamen Ablaufstermin am 15. Februar 1919 abgeschlossen.

5. Die so geschaffene Zweiteilung der Vertragsgruppen mit je vierjähriger Vertragsdauer wird als rechtmäßiger Zustand beiderseits anerkannt.

Im Augenblick interessieren besonders die Städte mit Verträgen, die bis zum 15. Februar 1915 abgeschlossen sind. Hierbei kommen in Betracht: Altenburg, Angermünde, Augsburg, Bayreuth, Dessau, Eisenberg, Gera, Göttingen, Greiz, Ingolstadt, Kaiserslautern, Königsberg, Landsberg an der Warthe, Lassa, Lübben, Marbach, Meißen, Mellnabach, Mühlhausen i. Th., Raumburg, Plauen, Quedlinburg, Regensburg, Rostock, Staffurt, Steinheim a. M., Stendal, Stuttgart, Sülbit, Trebbin, Ulm und Wittenberge. Insgesamt unterstehen den Verträgen in diesen Städten nach dem Stande vom Ende des Jahres 1912 828 Betriebe mit etwa 6700 Arbeitern.

Nach dem Schiedspruch durfte der Vertrag in diesen Orten, der nach seinem Wortlaut erstmalig am 15. November 1913 gekündigt werden konnte, von keiner Seite gekündigt werden. Dagegen muß am 15. Februar 1914 überall die im Schiedspruch vorgesehene Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Kraft treten. Die Zentralvorstände waren übereingekommen, einen gemeinsam formulierten Nachtrag zu den fraglichen Verträgen, der den Bestimmungen des Schiedspruches entspricht, den örtlichen Parteien zur Unterzeichnung vorzulegen. Dieser Nachtrag ist von den Vertretern der Vertragsparteien in der großen Mehrzahl der in Betracht kommenden Orte bereits unterzeichnet worden und nur von einigen Städten steht die Unterschrift noch aus. In dieser Angelegenheit hat eine Bespre-

zwischen den Vertretern der Zentralvorstände stattgefunden, deren Ergebnis folgendermaßen formuliert wurde:

Vereinbarung der Zentralvorstände.

Nachdem die beiderseitigen Verbände dem Schiedspruch des Freiherrn v. Berlepsch vom 8. Februar 1913 ihre Zustimmung gegeben haben, sind sämtliche Bestimmungen desselben für die Mitglieder und Ortsverbände beider Organisationen als bindendes Recht zu betrachten. Es gilt demnach insbesondere, daß alle Verträge, die zwischen den beiderseitigen Körperschaften bis zum Jahre 1914 abgeschlossen waren, bis zum 15. Februar 1915 weiterlaufen und daß allen Vertragsarbeitern dieser Orte am 15. Februar 1914 eine Lohn-erhöhung von 2 Pf. pro Stunde resp. eine dementsprechende Erhöhung der bestehenden Akkordpreise und Akkordtarife zu gewähren ist.

Diese Bestimmungen haben für alle diese Orte genau so wie der übrige Inhalt der Verträge volle Rechtswirkung und sind in gleicher Weise wie die Verträge selbst durchzuführen. Die beiderseitigen Zentralvorstände verpflichten sich gegenseitig, ihren Mitgliedern in allen Orten — auch soweit vorläufig die Unterschrift der Nachträge noch nicht vollzogen ist — die strikte Erfüllung der in dem Schiedspruch festgelegten Bedingungen zur unabwieslichen Verpflichtung zu machen.

Diesemigen örtlichen Verbände, welche die Nachträge noch nicht unterzeichnet und an die Vorstände zurückgeschickt haben, werden nochmals aufgefordert, dies nunmehr unverzüglich nachzuholen.

Berlin, den 8. November 1913.

Für die Zentralvorstände:

gez. C. Rahardt.

gez. H. Neumann.

Im Sinne dieser Vereinbarung hat auch bereits der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes eine Bekanntmachung an seine Mitglieder erlassen, die in Nr. 45 der „Fachzeitung“ abgedruckt ist. Es wird dort daran erinnert, daß durch einen einstimmigen Beschluß der im Jahre 1911 abgehaltenen Generalversammlung dem Gesamtvorstande des Schutzverbandes überlassen wurde, Bestimmungen über die Dauer und den Ablaufstermin der Verträge zu treffen. Dieses Recht des Gesamtvorstandes ist auch in den Satzungen des Schutzverbandes zum Ausdruck gebracht. Nachdem die in Betracht kommenden Bestimmungen des Schiedspruches wiedergegeben sind, der die Genehmigung der Generalversammlung des Schutzverbandes gefunden hat, heißt es in der Bekanntmachung weiter:

Es kann hiernach keinem Zweifel unterliegen, daß die Einzelmitglieder und Bezirksverbände an die obigen Bestimmungen gebunden sind, ohne Rücksicht darauf, ob sie ihr Einverständnis hiermit durch Namensunterschrift zum Ausdruck bringen oder nicht. Die Unterschrift hat lediglich eine formelle, sanktionierende Bedeutung.

Hiermit können die Bedingungen des Schiedspruches insoweit als erfüllt angesehen werden, daß eine Kündigung der Verträge am 15. November nicht mehr in Frage kommt. Die Verträge gelten vielmehr jetzt bis zum 15. Februar 1915, aber mit der Verpflichtung, daß am 15. Februar 1914 die vorgesehenen Verbesserungen eintreten. Diese Verbesserungen bilden jetzt einen Bestandteil des geltenden Vertrages, und Aufgabe aller Kollegen muß es sein, mit Eifer darüber zu wachen, daß der Schiedspruch, besonders auch in diesen Teilen, in allen Betrieben zur Durchführung gebracht wird.

Wirtschaftliche Monatschau.

September.

Selbst bei der optimistischen Beurteilung der Dinge läßt sich der hereinbruch der Wirtschaftskrise nicht mehr leugnen. Gewiß sind noch manche Momente vorhanden, welche die Wirtschaftslage in günstigerem Lichte erscheinen lassen, aber die stark anwachsenden Arbeitslosenziffern reden doch eine zu deutliche Sprache, und schließlich ist die Gestaltung des Arbeitsmarktes das wichtigste Moment für die Beurteilung der Wirtschaftslage durch die Arbeiter. Es ist möglich, daß die Weltkonjunktur ihren Höhepunkt noch nicht überschritten hat; eine solche Behauptung in bezug auf das Deutsche Reich aufzustellen, wäre jedoch ein unbegründeter Optimismus, wenn auch in manchen Zweigen des Wirtschaftslebens noch ein verhältnismäßig flotter Geschäftsgang herrscht. Wir befinden uns aber erst im Anfangsstadium der Krise und müssen uns darauf gefaßt machen, noch weit ungünstigeren Zeiten entgegenzugehen.

Die Unternehmungslust in Handel und Gewerbe war im September außerordentlich rege, es wurden 119,57 Millionen Mark für Neugründungen und Kapitals-erhöhungen aufgewendet gegen 57,71 Millionen Mark im

Vormonat und 52,97 Millionen Mark im September vorigen Jahres. Auch der Außenhandel weist noch steigende Ziffern auf. Die Einfuhr in das deutsche Zollgebiet betrug im reinen Warenverkehr im September 63 837 752 Doppelzentner im Werte von 830,18 Millionen Mark gegen 61 921 824 Doppelzentner im Werte von 825,11 Millionen Mark im Vergleichsmonat des Vorjahres. Für den September betrug also die Steigerung der Einfuhrmenge 0,27 Prozent; für die ersten neun Monate des Jahres hat sich die Einfuhr im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um 2,30 Prozent gehoben. Die Ausfuhr betrug im September 63 484 283 Doppelzentner im Werte von 869,91 Millionen Mark gegen 58 102 564 Doppelzentner im Werte von 766,10 Millionen Mark im September des vorigen Jahres, also eine Zunahme der Menge um 0,82 Prozent, des Wertes um 13,55 Prozent. Bei der Würdigung der Ausfuhrziffern im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Gestaltung der Wirtschaftslage muß berücksichtigt werden, daß gesteigerte Ausfuhr nicht immer das Zeichen eines guten Geschäftsganges ist. Ist der Inlandsmarkt überlastet, dann suchen die Interessenten ihre Waren im Ausland abzusetzen, wenn auch zu reduzierten Preisen. Eine solche Wertverminderung läßt sich allerdings bei der diesjährigen Ausfuhr nicht konstatieren, denn in den ersten neun Monaten des Jahres stieg, im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres die Ausfuhrmenge von 480 216 861 Doppelzentner im Werte von 6398,01 Millionen auf 546 944 167 Doppelzentner im Werte von 7422,41 Millionen, also eine Steigerung der Menge um 10,19 Prozent, aber ihres Wertes um 16,01 Prozent. Der Umstand, daß der Wert der Ausfuhr stärker gestiegen ist als ihre Menge, läßt darauf schließen, daß die Konjunktur auf dem Weltmarkt noch nicht so schlecht ist wie in vielen Erwerbszweigen in Deutschland.

Der allgemeine Arbeitsmarkt zeigte im September eine geringe Besserung, die aber nur dem platten Lande und den kleineren Städten zugute kam und nur eine vorübergehende Bedeutung hat. Die Besserung war verursacht durch einen starken Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitern. Auch das Baugewerbe erfuhr verschiedentlich eine leichte Belebung, die durch die Kafenenbauten hervorgerufen wurde, welche im Oktober fertiggestellt sein sollten. Bemerkenswert ist das stärkere Angebot, aber auch eine zum Teil noch stärkere Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften, die von vielen Arbeitsnachweisen gemeldet wird. Bei schlechtem Geschäftsgang nimmt eben die Verdrängung männlicher Arbeiter durch billige weibliche Arbeitskräfte ein lebhafteres Tempo an.

Zu der so schwer empfundenen Arbeitslosigkeit scheint die Tatsache in Widerspruch zu stehen, daß der an der Zahl der versicherungspflichtigen Krankenkassenmitglieder gemessene gewerbliche Beschäftigungsgrad noch keineswegs eine Verschlechterung aufweist. Die Zahl der Beschäftigten schwankt allerdings von Monat zu Monat; im ganzen genommen, ist aber eine starke Steigerung zu konstatieren, so daß sich die Zahl der versicherungspflichtigen Krankenkassenmitglieder vom Jahre 1907 bis 1913 um etwa 25 Prozent gehoben hat. Auch im September ist die Zahl der Beschäftigten gestiegen; sie war am 1. Oktober um 68 573 höher als am gleichen Tage des Vorjahres. Während am 1. Oktober 1907 4,67 Millionen Arbeiter beschäftigt waren, stieg deren Zahl bis zum 1. Oktober 1913 auf 5,66 Millionen. Vergleicht man die Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Monaten einer Reihe von Jahren miteinander, dann ergibt sich für 1913 in jedem einzelnen Monat eine Zunahme gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres, allerdings ist die Zunahme schwächer als in den vorausgegangenen Jahren der Hochkonjunktur. Die letzte Wirtschaftskrise begann im Jahre 1907 und nahm in den beiden folgenden Jahren an Intensität zu. Damals ging die Zahl der Beschäftigten erstmals im Jahre 1908 zurück und sie begann sich erst um die Mitte des Jahres 1909 wieder langsam zu heben. Der diesjährige Beschäftigungsgrad berechtigt zu der Annahme, daß die Wirtschaftslage des Jahres 1913 etwa der des Jahres 1907 entspricht, und daß wir im nächsten Jahre nicht nur mit noch größeren Arbeitslosenziffern, sondern auch mit einem Rückgang des Beschäftigungsgrades werden rechnen müssen.

Zur Erklärung des Umstandes, daß trotz des noch zu konstatierenden Steigens des Beschäftigungsgrades die Zahl der Arbeitslosen wächst, muß im Auge behalten werden, daß das Angebot von Arbeitskräften eine gewaltige Steigerung erfahren hat. Dieran trägt aber der systematisch betriebene Import ausländischer Arbeitskräfte ein gut Teil Schuld. Im Jahre 1911/12 kamen 729 575 ausländische Wanderarbeiter nach Deutschland gegen 696 035 im Jahre 1910/11. Der größte Teil dieser Arbeiter flutet wohl im

Winter wieder in die Helmat zurück, eine erhebliche Anzahl bleibt aber hier und trägt zur Ueberfüllung des deutschen Arbeitsmarktes bei. Das ist ein Moment, welches um deswillen besondere Beachtung verdient, weil es sich hierbei meist um kulturell niedrig stehende Arbeitermassen handelt, die bei ihrer Bedürfnislosigkeit den deutschen Arbeitern eine empfindliche Konkurrenz bereiten und deren Kulturniveau herabdrücken.

Zu den Gewerben, welche schwer unter der Ungunst der Verhältnisse leiden, gehört auch die Holzindustrie, deshalb erscheint es besonders auffällig, daß auch hier die Unternehmungslust im September eine starke Belebung erfahren hat. Für Neugründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung des Holzgewerbes wurden in diesem Monat 1 083 000 Mk. aufgewendet gegen 811 000 Mk. im Vergleichsmonat des Vorjahres. Die Summe der Neuinvestitionen in den ersten neun Monaten dieses Jahres bleibt allerdings mit 12 552 369 Mk. noch beträchtlich hinter den 19 720 700 Mk. zurück, die in der Vergleichszeit des Vorjahres reinvestiert wurden. Von den im September erfolgten Neugründungen seien genannt: Möbelfabrik Waltrauen G. m. b. H. in Aachen. Geschäftsführer: Arnold Waltrauen und dessen Ehefrau. Stammkapital 30 000 Mk. — Robert Gottschalk u. Co. G. m. b. H. für Korbmachen-Industrie in Braunschweig. Geschäftsführer: Robert Gottschalk. Stammkapital 25 000 Mk. — Gebrüder Enders G. m. b. H. in Hamm an der Sieg. Die Firma betreibt u. a. eine Stilmacherei sowie ein Mühlen- und Sägewerk. Geschäftsführer: Wilhelm Enders. Stammkapital 21 000 Mk. —

Die Einfuhr von Bau- und Nutzholz hat sich im September gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres gehoben von 6 322 782 Doppelzentner im Werte von 35 248 000 Mk. auf 6 538 107 Doppelzentner im Werte von 35 943 000 Mk. Für die ersten neun Monate des Jahres betrug die Einfuhr 6 538 107 Doppelzentner (— 5,54 Prozent) im Werte von 34 476 000 Mk. (— 6,75 Prozent). Der Rückgang betrifft alle Holzarten, außer weichen Laubhölzern, von welchen in den ersten neun Monaten 2 835 284 Doppelzentner eingeführt wurden, gegen 2 648 262 Doppelzentner in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Ausfuhr von Holzwaren belief sich im September auf 69 087 Doppelzentner im Werte von 6 477 000 Mk. gegen 65 336 Doppelzentner im Werte von 6 191 000 Mk. im September vorigen Jahres. Für die ersten neun Monate dieses Jahres betrug die Ausfuhr 583 604 Doppelzentner (582 502 Doppelzentner) im Werte von 52 887 000 Mk. (50 151 000 Mk.). An Besen, Bürsten, Pinseln und Siebwaren wurden in der Zeit von Januar bis September 22 647 Doppelzentner im Werte von 9 210 000 Mk. ausgeführt gegen 21 222 Doppelzentner im Werte von 8 535 000 Mk. in der Vergleichszeit des Vorjahres. Auch die Ausfuhr von Musikinstrumenten erfuhr eine Steigerung. In den Monaten Januar bis September wurden an Klavieren, Harmoniums usw. 144 678 Doppelzentner (im Vorjahr 139 516 Doppelzentner) ausgeführt, Klaviaturen usw. 11 610 Doppelzentner (11 233 Doppelzentner), Streichinstrumente 3564 Doppelzentner (3057 Doppelzentner).

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie zeigt auch im September ein recht trübes Bild. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise kamen auf je 100 offene Stellen 17,5 Arbeitssuchende. Im August waren es 180,5, aber im September vorigen Jahres 132,6 und im September 1911 nur 102,2. Die Verbesserung gegenüber dem Stand im August ist nur sehr geringfügig und es ist vorauszusehen, daß im Oktober wieder die Andrangsziffer stark emporschnellen wird. Daraus deutet auf das Ergebnis der Ar-

bettlosenzählung in unserem Verband. Am 30. September waren 3,92 Prozent der Verbandsmitglieder arbeitslos gegen 3,58 Prozent am 31. August und 2,22 Prozent am 30. September vorigen Jahres.

Von den Aktiengesellschaften des Holzgewerbes hat nur die Schönfelder Bürstenfabrik A. G. vom F. L. Penk im September ihre Bilanz veröffentlicht. Diese Gesellschaft, deren Aktien sich durchweg in festen Händen befinden, erzielt fortgesetzt recht respektable Gewinne. Das Aktienkapital beträgt 750 000 Mk. Der Reingewinn stieg von 90 051 Mk. im Vorjahre auf 105 228 Mk. Abgeschrieben wurden 31 673 Mk., im Vorjahre 25 305 Mk. Die Höhe der Dividende wurde nicht bekanntgegeben, sie wird aber nicht geringer sein als in den letzten Jahren, wo je 9 Prozent verteilt wurde. Die Bürstenmacherei ist doch noch ein rentables Gewerbe — für die Aktionäre der Großbetriebe.

Ein Beitrag zur Frage „Gewerkschaftsdisziplin“.

Von einem Leipziger Kollegen wird uns zu dem im Leitartikel der Nr. 44 behandelten Thema der nachfolgende Beitrag gesandt:

Die Grundlage jeder Organisation, jeden Kampfes, überhaupt jeder gemeinsamen Handlung vieler ist vor allem ein gemeinsamer Wille; und der Ausfluß dieses gemeinsamen Willens ist die selbstübernommene Disziplin.

Zum Gegensatz zur militärischen Disziplin, die ein Unterordnen unter fremden Willen mit Aufgabe der Selbstständigkeit des einzelnen unbedingt erfordert, ist die in der Gewerkschaft, überhaupt der modernen Arbeiterbewegung betätigte Disziplin mehr ein Einordnen in die Gesamtheit unter Beibehaltung der individuellen Selbstständigkeit. Aber auch die frei geübte Disziplin erfordert die Beherrschung des einzelnen durch sich selbst, ein gewisses Zurücktreten hinter den Willen der Gesamtheit. Auch die gewerkschaftliche Disziplin erfordert eine Beschränkung der Wünsche und Freiheit des einzelnen sobald die Interessen der Gesamtheit das erfordert, natürlich die leitenden Kreise mit einbezogen. Das gilt beim geregelten Arbeitsnachweis, bei Lohnbewegungen, bei Streiks, bei taktischen Manövern usw., jedenfalls bei den verschiedensten Anlässen.

Aber, und das ist schwerwiegend, die freie selbstgeübte Disziplin erfordert eine Selbstaufopferung des einzelnen für die Gesamtheit, die dem Wesen unserer bürgerlichen Weltanschauung, unserer mangelhaften Schulbildung, dem ganzen Gedankengang und dem Werdegang des Durchschnittsmenschen als Staatsbürger vollständig fremd ist. Und von den ungezählten Tausenden, die jahraus, jahrein der Arbeiterbewegung zustimmen, Solidarität, das für sie ein leeres Wort, Disziplin, deren Sinn und Wert sie nicht kennen, verlangen, ist etwas, das ich als Ueberspannung des Begriffs Disziplin bezeichnen möchte.

Eine solche Ueberspannung kann eintreten, wenn, sagen wir die Zeitung, an die an irgendeiner Aktion Beteiligten, Anforderungen stellt, die deren Kräfte übersteigen. Sie kann eintreten, wenn Anforderungen an das Erkenntnisvermögen, an die Einsicht des einzelnen gestellt werden, die den Beteiligten fehlen, wenigstens in der Gesamtheit fehlen. Sie kann weiter eintreten, wenn Disziplin verlangt wird von denjenigen, denen Disziplin, Solidarität, Aufopferung für die Sache der Gesamtheit fremd ist, weil sie eben aus jener bürgerlichen Sphäre stammen, deren Grundelement rücksichtsloser Egoismus ist. Wenn ich das in einem drastischen Beispiel ausdrücken soll, so ungefähr, wie in einer großen Familie, in der auf Erziehung und Bildung wenig Wert gelegt wird. Wenn dort irgendwie „was los ist“, dann sollen die Kinder mit einmal recht brav und gut erzogen sein, aber gewöhnlich schlagen sie dann erst recht über die Stränge. Die Eltern sind dann ganz trostlos und können sich gar nicht erklären, wie wenig erzogen und gebildet die Kinder sind, das Ende ist eine Strafpredigt, die natürlich nichts nützt. So ungefähr war der Eindruck, den ich aus dem Leitartikel Nr. 44 der „Holzarbeiter-Zeitung“ hatte.

Versuchen wir, an die Sache etwas näher heranzukommen. Durch das sprunghafte Anwachsen der Gewerkschaften ist es nicht immer möglich gewesen, die Neugewonnenen, die ja auch nicht immer jung an Jahren, derartig zu schulen, zu erziehen, daß ihnen das Abse der Gewerkschaftsbewegung geläufig wurde. Es fehlte an Kräften, an Geld, an Zeit. Die mitgebrachten bürgerlichen Auffassungen vom Bestehenden, die erbärmliche Schulbildung, die Unkenntnis der einfachsten Zusammenhänge innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft, oft genug gedankenloses Einherstolpern, Gleichgültigkeit bei brennenden Fragen, das alles trägt dazu bei, Konflikte, folgenschwere Verwirrung zu schaffen. Wir haben es ja erleben müssen, daß bei der ersten besten Feuerprobe unsere eigenen Kollegen den Hasen Konkurrenz machten. Wir haben es aber auch erlebt, daß ganze Gruppen abschwenkten und auf eigene Faust operierten. Mannheim, Stettin, zuletzt Hamburg. Daß sich hier eine Unterlassung fürchtbar bitter rächte, ist für jeden ersichtlich, der nicht alles den bekannten Querköpfen zuschreibt.

Und gerade an der Hamburger, oder richtiger der Werftarbeiterbewegung zeigt es sich recht grell, zur Gewerkschaftsdisziplin gehört das unbedingte Vertrauen zur Leitung, und wo das eine fehlt, geht das andere rettungslos zum Teufel. Wie leicht das Vertrauen vercherzt ist, zeigt die vielen unverständliche Haltung des Vorstandes des Metallarbeiter-Verbandes, dem sich ja unser Hauptvorstand angeschlossen. Ich will die Preisfrage nicht aufwerfen, was mit dem Feldherrn geschieht, der einen Teil seiner Truppen, die sich zu weit ins Feuer vorgewagt, ihrem Schicksal überläßt, weil sie das Kommando zum Losschlagen nicht abgewartet haben. Und der den überlebten pädagogischen Lehrsatz heute aufrechterhalten wollte: „Wenn du in Bedrängnis kommst, mußt du darin bleiben, damit du dir's für das nächste Mal merkst.“ Es war richtiger, wenn man die Zwischigen, die zum Teil aus Uebereilung, aus Unkenntnis der Konjunktur, aus ungenügender Selbstbeherrschung in die zweifelhafte Lage kamen, daß man sie aus der Klemme herausbaute und ihnen den Rückzug deckte. Aber niemals durfte man sie dem Feinde, dem Unternehmertum, auch nur moralisch preisgeben. Daß derartige Meisterstücke an Strategie nicht zur Stärkung des Begriffes Disziplin beitragen, ist wohl klar.

Noch eine Seite möchte ich beleuchten. Die Gewerkschaftsdisziplin ist eine freigeübte. Die Ausübung ist verknüpft mit der mehr oder weniger reifen Urteilsfähigkeit des einzelnen. Die Bestrebungen, die taktischen und prinzipiellen Fragen und Angelegenheiten mehr und mehr in den Vertrauensmännnetzeilen zu erledigen, mögen geleitet sein von dem Gedanken der besseren Durchführbarkeit usw. Gründe, die akzeptabel wären, wenn nicht eine weit größere Gefahr darin läge als wie das Ausplaudern. Eine große Gewerkschaft kann nicht so verführerisch der Gedanke auch ist, ein mechanisches Präzisionswerk sein, das, weil eben präzise funktionierend, beim geringsten Anstoß versagt, sondern, und das ist der Wunsch vieler Kollegen: der Holzarbeiter-Verband möchte ein Leben warmer Rörper sein mit kräftig entwickelten Organen und Gliedern, die von Gesundheit, siehe reifer Urteilsfähigkeit, Strogen, und deren Gebrauch, siehe Disziplin und Vertrauen, dem Gesamtkörper zum Wohle dient. Glieder eines Körpers, die nicht benutzt werden, denen man Funktionen entzieht die ihr Grundelement sind, verdorren und sterben ab.

Die Materie ist mit meinen Ausführungen noch lange nicht erschöpft, aber um zum Schluss zu kommen. Die gewerkschaftliche Disziplin setzt voraus eine reife Urteilsfähigkeit, die, wo nicht vorhanden, geweckt und gefördert werden muß, nicht durch hermetischen Abschluß, sondern durch systematische Erziehungs- und Bildungsarbeit. Einführung in Betriebsgeschichte und -lehre, aber nicht nur einzelner Vorzugsgruppen, sondern aller. Möglichste Erledigung aller Verbandsangelegenheiten durch die Mitglieder. Es werden naturgemäß oft genug Schnitzer gemacht werden, aber schließlich werden ja auch Kindern auch mal Erwachsene. Dann erscheint es notwendig, wo das Vertrauen einmal schwankend wird, das Vertrauen zurückzugewinnen. Vertrauen und freiwillige Disziplin sind ungetrennbar. Stets offenes christliches Hand in Hand arbeiten, Vertrauen gegen Vertrauen,

Unser Verbandsalmanach.

Der Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ist erschienen; ein lieber Betrachter, der sich regelmäßig im Herbst einfindet und von der wachsenden Zahl seiner Freunde sehr häufig erwartet wird. Außerlich hat sich der Jahreskalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes, der nunmehr zum fünfzehnten Male die Reise in die Welt unternimmt, abgesehen von der Farbe seines Rückens, die er beständig öfters wechselt, wenig geändert und doch ist dieser Jahrgang bemerkenswert. Der Almanach ist zum ersten Male in der eigenen Druckerei des Verbandes gedruckt worden. Bei dieser Gelegenheit hat er einen neuen Schmuck erhalten. Das Kalendarium ist mit Kopfleisten verzieren, die Arbeiter der im Deutschen Holzarbeiter-Verband betriebliehen Betriebe bei der Arbeit darstellen.

Inhaltlich des Inhaltes trägt sich der neue Almanach würdig seinen Vorgängern an. Er enthält wieder eine umfangreiche Material. In erster Linie ist natürlich das Verbandsleben berücksichtigt, aber auch der allgemeinen Arbeiterbewegung ist Aufmerksamkeit geschenkt und eine große Fülle von Notizen aus den verschiedensten Wissensgebieten machen den Almanach zu einem außerordentlich nützlichen Nachschlagewerk. Wer es handig bei sich führt, wird nicht leicht in Verlegenheit geraten.

Der Almanach enthält nicht nur den Fortschritt und eine Übersicht, eine Lebenszeit über unsere Frage und Gewichte, sondern ist die Bilanzgleichung, eine auf 15 Jahre hinausreichende Übersicht und ähnliches Material, auch über unsere allseitigen Sorgen gibt er gewissenhaft Auskunft. Wäre es nicht, welches die höchsten Berge, die längsten Flüsse auf Erden sind, der Almanach legt es hin, er nennt auch die größten Städte der Erde und die über 2000 Einwohner zählenden Städte Deutschlands mit ihrer Einwohnerzahl und er verrät dir auch die Länge des Eisenbahnnetzes der verschiedenen Länder. Interessiert du dich für die Zeitrechnung der Juden oder der Mohammedaner, für die im Jahre 1914 zu erwartenden Sonnen- und Mondfinsternisse, der Almanach gibt dir darüber ebenso zuverlässig Auskunft wie über die Umlaufzeit der einzelnen Planeten um die

Sonne. Er nennt dir die Bevölkerungszahl der einzelnen Länder Europas und die recht beträchtlichen Löhne, welche die einzelnen deutschen Bundesfürsten für ihre anstrengende Beschäftigung beziehen. Aber das ist nur eine kleine Auslese aus der Menge der interessanten Notizen, die der Almanach gewissermaßen als Beigaben enthält.

Auf das Kalendarium folgt ein Gesichtskalendarium mit vielen interessanten Erinnerungsdaten aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, und vornehmlich der Holzarbeiterbewegung. Die folgenden Seiten sind „unseren Toten“ gewidmet. Wir finden hier die Porträts und kurze Lebensbeschreibungen hervorragender Verbandskollegen, die im letzten Jahre gestorben sind. Da ist zunächst des „alten Lukas“, des Kollegen Wilhelm Schmitz gedacht, der 84 Jahre alt, im September in Berlin starb. Zu der alten Garde gehörte auch Heinrich Brinckmann in Cassel, der sich hervorragende Verdienste um die Organisation der Holzarbeiter in dieser Stadt erwarb. Verhältnismäßig jung starb Richard Schmidt, der zuletzt Arbeitersekretär in Hannover war, vorher aber eine fleißige und erfolgreiche Tätigkeit unter den Holzarbeitern in Bremerhaven und Bremen entfaltet hatte.

Ein sehr reichhaltiges Material, wenn auch in die knappe Form gebracht, bietet der Almanach über die Geschichte unseres Verbandes. Wir finden nicht nur die vollständige Abrechnung für das letzte Jahr, sondern auch eine Menge Zahlen über die Mitgliederbewegung nach Verufen und Gauen geordnet. Anders Tabellen geben eine Uebersicht über die Entwicklung des Verbandes seit seinem Bestehen hinsichtlich der Mitgliederzahl und der Kassenerhaltung. Ebenso ist die Lohnbewegung, ausführlicher für das letzte Jahr und zusammenfassend für die früheren Jahre, seit der Gründung des Verbandes behandelt. Auf eine knapp zusammenfassende Darstellung der christlichen und der Nicht-Christlichen Holzarbeiterorganisationen und ein Verzeichnis der der Internationalen Union der Holzarbeiter angeschlossenen Verbände mit ihren Mitgliederzahlen folgt eine Uebersicht über die deutsche und die internationale Gewerkschaftsbewegung. Das Verbandsstatut, der

Leitfaden für Versammlungsleiter, das Muster für Tarifverträge im Holzgewerbe, ebenso die parlamentarischen Regeln für die Leitung von Mitgliederversammlungen und die Leitfäden für die Tätigkeit der Gesellensauschüsse, sind aus den früheren Jahrgängen des Almanach übernommen. Das sind Dinge, die fortwährend gebraucht werden und deren ständige Aufnahme in den Almanach besonders von den verschiedenartigen Funktionären des Verbandes angenehm empfunden wird. Mehr Aufmerksamkeit als er im allgemeinen findet, verdient der Vordruck für die Buchführung über die Einnahmen und Ausgaben der Kollegen.

Die Uebersicht über die gebräuchlichsten Möbelmaße hat schon manchem Kollegen gute Dienste geleistet, das gleiche gilt auch für die Ratschläge zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen. Ein besonderes Kapitel ist anlässlich des Einganges dem neuen Verbandshauses gewidmet, das in mehreren Bildern vorgeführt wird. Aus dem Verbandsarchiv stammt der Abdruck von Aufzeichnungen aus den Büchern der Hamburger Tischlerzunft. Sie gestalten einen Einblick in die Tätigkeit, welche diese Organisation vor mehr als 200 Jahren entfaltet hat. Auch das neben dem Holzarbeiter-Verbandslied abgedruckte „Verbandslied der Stellmacher“ entstammt einer im Verbandsarchiv aufbewahrten Urhandschrift. Es ist dem Bericht über den Stellmacher- (Wagner-) Verein. Korrespondenzorgan des Vorstandes, Dresden, 28. Oktober 1874, entnommen. Am Schluss des Almanachs findet man wieder das gehaltreiche kleine Lexikon des gewerblichen Rechts, das erneut durchgesehen wurde und einige Verbesserungen erfahren hat.

Trotz des äußerst reichhaltigen Inhaltes ist der Almanach ein bequemes in der Tasche zu tragendes Notizbuch, das für diesen speziellen Zweck überdies noch genügend leere Blätter enthält. Der Almanach hat sich unter den Verbandsmitgliedern so viele Freunde erworben, daß auch die neue Auflage voraussichtlich sehr bald vergriffen sein dürfte. Wir möchten deshalb den Kollegen empfehlen, mit der Aufgabe ihrer Bestellung nicht zu zögern, wenn sie nicht das Nachsehen haben wollen.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzubalten von:
 - Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Czera, Geestemünde (Kilken), Großröhrsberg (Tischfabrik Wenzel), Lage (Möbelfabrik Niehof), Derlinghausen, Teterow (Böhmer u. Sohn), Wilkau i. Sa., Wurzen (Möbelfabrik Streil).
 - Stuhlbauern und Polsterern nach Wilkau i. Sa.
 - Mobeltischlern nach Leipzig.
 - Drechsler, Polsterer und Hilfsarbeitern nach Nürnberg.
 - Bergoldern, Grundlern, Verzieren und Farbmalern nach Burg b. Magdeburg (Wattenberg), Clattbrugg bei Alrich (Dekers).
 - Bürsten- und Pinselmachern nach Nürnberg, Schopfloch.
 - Pantinenmacher nach Halberstadt.
 - Stellmachern nach Frankfurt a. M. (Karosseriefabrik Soyler u. Graupner), Gera, N. J. L. (Karosseriefabrik P. Sack).
 - Werkarbeitern nach Numund bei Regesack.
 - Korbmachern nach Donners (Sittkel und Aufderheide), Schiffsdorferdamm im Kr. Geestemünde (Müller).

und wir werden Berge versetzen. Ungeheuer ist die Macht und die Stärke, die aus ganzer inniger Hingabe für ein Ziel entspringt. Und es ist ein hehres Ziel, das wir uns gesetzt haben, es ist das Wohl und das Glück der Gesamtheit.

V. Stephan.

Soziales.

Zwei neue Landesväter.

Dem deutschen Volke ist hell widerfahren; die Zahl der Landesväter ist wieder vorzüglich. Bayern und Braunschweig haben schrecklich darunter gelitten, daß sie lange Jahre hindurch keine vollgültigen Staatsoberhäupter hatten und daß der aufreibende Herrscherberuf in ihren Ländern von Regenten ausgeübt wurde, von Stellvertretern, denen der Glanz der Krone fehlte. Das Jubiläumsjahr 1913 hat den bedrängten Gemütern Erlösung gebracht. Binnen einer Woche erhielten die Braunschweiger ihren angestammten Herzog und die Bayern einen richtigen König, und alles Volk (von Hoflieferant und Kommerzienrat aufwärts) schwamm in Glückseligkeit und Bönne.

Das zeitliche Zusammenfallen der Neubesezung der Throne von Bayern und Braunschweig ist nur ein Zufall. Die Vorgeschichte beider Ereignisse ist recht verschieden, aber beide haben das miteinander gemein, daß sie daran erinnern, wie stark noch die Staatsorganisation in Deutschland im Mittelalter wurzelt. In Braunschweig herrschte früher ein Zweig des Welfenhauses. Der letzte Sproß dieses Hauses, der Herzog Wilhelm, war unverheiratet geblieben und im Jahre 1884 gestorben. Er war seinem Bruder Karl, dem „Diamantenerzog“, wie er seines Reichthums wegen genannt wurde, auf das Thronchen gefolgt. Dieser Karl hatte das Regieren so arg getrieben, daß es selbst den getreuen Braunschweigern zu bunt geworden war. Im Jahre 1830 haben sie ihn sehr respektlos zum Tempel hinausgejagt. Als Herzog Wilhelm starb, war der nächstberechtigte Thronerbe der Herzog von Cumberland.

Mit dem hat es aber eine eigene Bewandnis. Er ist der Sohn des letzten Königs von Hannover. Dieser, der blinde König Georg, war durchaus kein Musterknabe auf dem Throne, aber er war zum mindesten ebensowohl „von Gottes Gnaden“, wie sein siegreicher preussischer Kollege, der ihm im Jahre 1866 sein Land abnahm und es Preußen einverleibte; ein Schicksal, welches gleichzeitig einige andere Fürsten, „von Gottes Gnaden“ mit dem König von Hannover teilten. Der entthronte König von Hannover hat sich mit seinem Lose nie abgefunden, und auch sein Sohn, der Herzog von Cumberland, hielt den Anspruch auf Hannover aufrecht. Weil sich der in Gmunden in Oesterreich residierende Hof des Königs von Hannover an den Bestrebungen zur Wiederherstellung des Königreichs beteiligte, wurde das in Preußen befindliche Vermögen des Königs in Höhe von 48 Millionen Mark im Jahre 1868 von Preußen beschlagnahmt und seine Zinsen sollten zur Bekämpfung der welfischen Agitation dienen. Dieser „Welfenfonds“ oder „Reptilienfonds“, wie er genannt wurde, hat während der Dauer des Sozialistengesetzes eine große Rolle gespielt. Er wurde einestheils zur Unterstützung von Zeitungen verwendet, welche die Politik Bismarcks förderten (Reptilienpresse), zum anderen zur Beföldung von Lockspiegeln, die im Auftrage der deutschen Regierung die Sozialdemokratie zu revolutionären Putschauftreizen sollten. Unangenehmen Enthüllungen vorzubeugen, wurden die Belege für die Ausgaben des Reptilienfonds nicht in der üblichen Weise revidiert, sondern vorher beseitigt. Dieser Korruptionsfonds wurde erst im Jahre 1892 aufgehoben.

Als nach dem Tode des Herzogs von Braunschweig der Herzog von Cumberland als nächstberechtigter Erbe seinen Anspruch erhob, wurde dieser unbeachtet gelassen. Obwohl der Herzog erklärte, die Reichsverfassung anzuerkennen zu wollen, beschloß der Bundesrat auf Antrag Preußens, daß seine Regierung in Braunschweig mit den Grundprinzipien der Bundesverträge und der Reichsverfassung nicht verein-

bar sei. Dabei blieb es, und zwischen den Häusern Hohenzollern und Welf herrschte bittere Fehde.

Da wurde die Welt von der Kunde überrascht, daß der Sohn des Welfenherzogs des Kaisers einzige Tochter heiraten soll. Die Hochzeit wurde mit großem Pomp in Berlin gefeiert und der glückliche Bräutigam, der vorher der bayerischen Armee angehörte, wurde nun preussischer Offizier. Als solcher leistete er dem König von Preußen den Fahnen-Eid, aber mehr wollte er nicht tun. Den formellen Verzicht auf seine hannoverschen Ansprüche, den man verlangte, um ihm den Weg zum Braunschweiger Thron freizumachen, lehnte er ab. Und es ging auch so. Wer den Papst zum Better oder den Deutschen Kaiser zum Schwiegervater hat, dem kann es in der Welt nicht fehlen. Um die Tochter des Kaisers zur Herzogin von Braunschweig zu machen, mußte der ungeschickte Bundesratsbeschluss vom Jahre 1885 aufgehoben werden. Das schien schwer, denn ebensowenig wie damals der Herzog von Cumberland, hat jetzt sein Sohn formell auf Hannover verzichtet und zur Anerkennung der Reichsverfassung hat sich auch schon der Vater bereit erklärt. Aber die Schwierigkeiten wurden leicht überwunden. Im Bundesrat herrscht Preußen, und wenn der König von Preußen seine Tochter zur Herzogin von Braunschweig machen will, dann können seine getreuen Paladine nicht widersprechen. Ein neuer Beschluss des Bundesrats hat dem jungen Herzog den Weg frei gemacht. Er hat am 3. November seinen Einzug in Braunschweig gehalten, nachdem zuvor der mecklenburgische Herzog, der bisher die Regentschaft geführt hat, abgereist war.

Und das Volk von Braunschweig? Gefragt hat man es nicht, aber man hat ihm allergnädigst gestattet sich zu freuen. Soweit es politisch denken kann, hat es aber von dieser Freiheit keinen Gebrauch gemacht, sondern sehr nachdrücklich auf die Rechtslosigkeit hingewiesen, in der man es erhält. Das braunschweigische Volk hat seine Wahlrechtsforderung angemeldet und wird sie unter der Regierung des neuen Herzogs noch nachdrücklicher verfolgen als seither schon.

Eine wesentlich andere Vorgeschichte hat die Thronbesteigung des neuen Königs von Bayern. Ludwig II., ein verschwenderischer Sonderling, wurde im Jahre 1886 für irrsinnig erklärt und sein Onkel Luitpold übernahm für ihn die Regentschaft. Wenige Tage später erkrankte sich Ludwig im Starnberger See und nun wurde Otto König von Bayern. Dieser lebte aber damals schon seit langem als unheilbarer Wahnsinniger im Schloß Fürstentried bei München. Prinz Luitpold führte in Vertretung des regierungsunfähigen Königs bis zu seinem gegen Ende des vorigen Jahres erfolgten Tode die Regentschaft. Solange der alte Luitpold lebte, ruhte die Königsfrage, als aber sein jetzt 89 Jahre alter Sohn Ludwig an seine Stelle trat, machten sich sofort Bestrebungen geltend, ihn als König zu proklamieren. Das Zentrumsministerium Hertling hat aber die Aktion so kolpatzig eingeleitet, daß der Plan in die Brüche ging. Der Regent selbst gab angesichts der verfahrenen Situation seinen Willen dahin kund, daß die Königsmacherei nun ruhen möge.

Sie ruhte aber nicht; gewisse maßgebende Kreise in Bayern wollten eben durchaus einen richtigen König haben. Die Sache hatte aber ihre Schwierigkeiten. Um den wahnsinnigen Otto der Königswürde zu entkleiden und den Regenten zum König auszurufen zu lassen, mußte die Verfassung geändert werden. Hierzu aber ist die Mitwirkung des Landtages notwendig. Das paßte aber der Anhängern der Idee des Gottesgnadentums, zu welchen insbesondere das in Bayern allmächtige Zentrum gehört, nicht recht. Durch die Mitwirkung der Volksvertretung wird ja das Königtum mit einem großen Tropfen demokratischen Oeles gesalbt.

Um das zu verhindern, wurde der Regent bestärkt, sich selbst zum König zu machen. Daß das ein Staatsstreich, die Revolution von oben bedeutet, genierte die liberalen Volksvertreter nicht. Sehr erobst waren sie, als die sozialdemokratische „Münchener Post“ ein Rechtsgutachten publizierte, welches die Rechtswidrigkeit der von den Schwarzen gewünschten Königsproklamation „aus eigenem Recht“ nachwies. Die Zentrumspresse geriet alsdann in eine peinliche Verlegenheit, als bekannt wurde, daß das verspottete Rechtsgutachten den Justizminister im Ministerium Hertling zum Verfasser hatte. Als dann der in dem Rechtsgutachten empfohlene Weg beschritten, und dem Landtag eine Vorlage über eine Verfassungsänderung vorgelegt wurde, da vergaß das Zentrum seine fogenannten Grundätze und seine Führer die Reden, die sie noch vor wenigen Monaten gehalten. Mit Begeisterung wurde das beschlossen, was vor kurzer Zeit noch als absolut unmöglich hingestellt worden war. Aber was tut man nicht, um dem Lande einen richtigen König und sich selbst eine entsprechende Anerkennung als Königsmacher zu erwerben. Die Verfassungsänderung wurde beschlossen und unmittelbar darauf, am 5. November, wurde dem bayerischen Landtag eine Proklamation vorgelesen, wonach die Regentschaft beendet ist und der seitherige Regent als Ludwig III. die Königswürde übernimmt.

Die Königsmacherei ist übrigens nicht vorübergegangen ohne einen Streich, welcher der Schlaueheit des Ministerpräsidenten mehr Ehre macht als seiner Aufrichtigkeit. Die jetzt beschlossene Verfassungsänderung besagt, daß unter gewissen Voraussetzungen, die der Landtag zu prüfen hat, die Regentschaft als beendet erklärt werden kann. Als bei der Beratung dieser Verfassungsbestimmungen von liberaler Seite gefragt wurde, ob sie so zu verstehen sei, daß erst der Landtag zu sprechen habe, ehe die Königsproklamation erfolgen kann, antwortete Herr v. Hertling mit einigen orakelhaften Wendungen, mit welchen sich die Liberalen zufrieden gaben. Tatsächlich hatte aber Herr v. Hertling die Absicht,

die er dann auch ausführte, die Volksvertretung über den Köffel zu harrieren. Er ließ zunächst die Königsproklamation vornehmen, erst nachher durfte der Landtag erklären, daß die Voraussetzungen für die Beendigung der Regentschaft gegeben sind. Der Sinn dieser Formalität ist verständlich. Der Zentrumsminister hatte sich seinen Antritt erlaubt, um den Schein des „Gottesgnadentums“ zu wahren; der König soll nur ja nicht die Krone aus der Hand des Volkes entgegennehmen. Im Landtag haben nur die Sozialdemokraten gegen diesen Hertlingstreich protestiert, die Liberalen ließen sich stillschweigend einfeilen. Im Lande aber macht sich auch im Bürgerthum eine starke Mißstimmung über das uneheliche Spiel bemerklich.

Das ganze Drum und Dran der Neubesezung der beiden Fürstenthrone mutet ebenso mittelalterlich an wie die Sprache der bei diesem Anlaß herausgegebenen offiziellen Kundgebungen. Wer den Dingen mit der nötigen Objektivität gegenübersteht, empfindet diese Vorgänge wie einen Anachronismus, als ein Schauspiel, das ganz und gar nicht in unsere Zeit paßt. Trotz der „begeisterten“ Festartikel der byzantinischen Presse steht die breite Volksmasse dem Jubel und Trubel teilnahmslos gegenüber und läßt den Titel- und Ordensjägern, die sich an die neuen Majestäten herandrängen, ihr Vergnügen. Das Volk hat andere Interessen und betrachtet die „Standeserhöhung“ der Herrscher mehr von der materiellen Seite. Ein Herzog oder gar ein König ist ein gar kostspieliges Vergnügen, viel teurer als ein bloßer Regent. Und wenn die Rechnung für den verteuerten Hofhalt in Gestalt einer kräftigen Steuererhöhung präsentiert wird, dann wird schließlich auch mancher, der heute noch dem neuen Herrscher begeistert jubelt, ein Paar in der Suppe finden.

Die Gesellschaft für soziale Reform hält ihre diesjährige Hauptversammlung in der Zeit vom 20. bis 22. November in Düsseldorf. Die Verhandlungen versprechen um deswillen besonders interessant zu werden, weil wichtige Tarifverträge auf der Tagesordnung stehen. Zunächst ein Vortrag von Dr. Singheimer, Frankfurt a. M. über „Rechtsfragen des Arbeitstarifvertrages (Fassung und Abdingbarkeit) und ihre gesetzliche Lösung“. Ueber die Frage: „Brauchen wir ein Reichseinigungsamt?“ wird Freiherr von Berlepsch referieren. Als dritter Vortrag ist vorgesehen: „Neue Aufgaben des gewerblichen Einigungswesens“ mit Dr. Waldemar Zimmermann als Referent. An die Vorträge schließt sich eine freie Aussprache, an welcher sich auch Nichtmitglieder beteiligen können.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Jifeld a. Harz wurde eine neue Zahlstelle gegründet.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 46. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 13844 Emil Scholze, Eschl., geb. 28. 9. 77 zu Berlin.
- 395366 Johann Böhm, Eschl., geb. 18. 6. 91 zu Zirnborn.
- 417908 Adam Karl, Eschl., geb. 1. 11. 75 zu Steinberg.
- 543237 Fritz Stud., Eschl., geb. 25. 7. 77 zu Forst.
- 559962 Alfred Holzwarth, Eschl., geb. 15. 4. 78 zu Drogen.
- 565959 Albert Werner, Eschl., geb. 18. 8. 84 zu Görden.
- 610108 R. Borkowski, Eschl., geb. 19. 2. 91 zu Wojcin.
- 650990 Matth. Johnen, Eschl., geb. 11. 1. 59 zu Achen.
- 686315 Elisabeth Mohs, Bürstenarb., geb. 3. 4. 97 zu Delfau.
- 691341 Wfr. Hofacker, Mod.-Eschl., 9. 8. 90 zu Duisburg.
- 695405 Jos. Palczewski, Eschl., geb. 1. 6. 94 zu Pudewitz.

Die Konferenz der Bürsten- und Pinselmacher findet am 23. und 24. November im Sitzungssaale des Verbandshauses, Berlin, Rönntischer Platz 2 IV, statt. Die Verhandlungen beginnen vormittags 10 Uhr. Als Tagesordnung ist vorläufig vorgeschlagen:

1. Bericht der Zentralkommission. Referent: E. Wallauer-Nürnberg.
2. Die allgemeine Lage der Bürsten- und Pinselmacher. Referent: R. Schmalbach-Berlin.
3. Tarifverträge und Einheitstarif. Referent: Peter Pfeifer-Nürnberg.
4. Die Arbeitsnachweisfrage. Referent: Hein. Richard-Schönheide.
5. Agitation und Organisation. Referent: Arthur Rieger-Dresden.

Die Namen der gewählten Delegierten sind, soweit dies nicht schon geschehen ist, zur Aufnahme in die Präsenzliste baldigst an uns zu melden. Bestellungen auf Logis sind an den Kollegen Richard Schmalbach, Berlin D. 17, Hohenlohestraße 18, zu richten. Empfangslokal für Sonnabend abend ist das Gewerkschaftshaus, Engelauer 14.

Im Nachfolgenden veröffentlichen wir die zur obigen Konferenz gestellten Anträge, damit die Kollegen der Branche in allen Städten Stellung dazu nehmen können:

Zur Tagesordnung:

1. Bremen. Die Konkurrenz der Straf- und Wohlthätigkeitsanstalten auf die Tagesordnung zu setzen. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Die Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher wird beauftragt, in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau darauf hinzuweisen, daß Konsumvereine ihren Bedarf an Bürsten- und Pinselwaren nur aus solchen Betrieben decken, in denen geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen.
2. Berlin. Die Zentralkommission zu beauftragen, mit der Leitung des österreichischen Holzarbeiter-Verbandes in Verbindung zu treten, um Ausflüchtung in den Kreisen der Bürstenmacher Oesterreich-Ungarns herbeizuführen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

4. Elmshorn. Die Vertreter des Reichstages zu ersuchen, ihr Augenmerk auf die Zucht- und Gefängnisarbeit zu richten und für deren Abschaffung möglichst Sorge zu tragen.

5. Nürnberg. Vorstand und Zentralkommission sind beauftragt, alle fünf Jahre eine statistische Erhebung auf der Grundlage des statistischen Vogens vom Jahre 1912 zu veranlassen und das Ergebnis in Broschürenform zur Agitation herauszugeben.

6. Erlangen. Die Konferenz beschließt die Abhaltung von Versammlungen mit dem Thema: "Die Holzbrandgefahr in der Bürsten- und Pinselindustrie."

7. Bremen. Vornahme einer Zählung derjenigen Straf- und Wohlthätigkeitsanstalten in denen Bürstenwaren hergestellt werden, und Abfassung einer Petition, die auf die Schädlichkeit dieser Konkurrenz für den freien Arbeiter hinweist.

8. Bremen. Um die Heimarbeit einzuschränken, soll den Kollegen das Mitnehmen der Arbeit nach Hause verboten werden. Anderenfalls aber darf nicht billiger als in den Betrieben gearbeitet werden.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

9. München. Bei zukünftigen Tarifabschlüssen wolle festgelegt werden, daß an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen, wie Fräse, Kreis- und Bandsägen, Abriecht- und Hobelmaschinen auf Grund der Beschlüsse der Münchener Maschinenarbeiterkonferenz die Akkordarbeit verboten ist.

10. Erlangen. Die Konferenz wolle soviel als möglich auf das Zustandekommen von Einheitstarifen hinwirken. Insbesondere für solche Industriegebiete, in denen ziemlich gleiche Produktionsweisen bestehen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

11. Bremen. Die Konferenz wolle die Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises beschließen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

12. München. Mehr wie bisher kleinere Bezirkssektionen zu bilden, damit die Agitation intensiver gestaltet werden kann.

13. Elmshorn. Beim Verbandsvorstand hinzuwirken, Staffelbeiträge ohne Staffelung der Unterstützungssätze einzuführen.

14. Berlin, Nürnberg. Den Hauptvorstand zu ersuchen für das Schwarzwälder Bürstenindustriegebiet inklusive Ravensburg einen Berufscollegen für die Agitation anzustellen, wie es für den Schönheider Bezirk schon der Fall ist.

15. Berlin, Ohligs, Bremen. In rüstständige Gegenden ist von Zeit zu Zeit ein Kollege der Branche zur Agitation zu entsenden. Befähigte Kollegen sind durch die Zentralkommission beziehungsweise Ortsverwaltungen dem Vorstand in Vorschlag zu bringen.

16. Berlin. Für die Bürsten- und Pinselmacher Deutschlands alljährlich mindestens ein Flugblatt über den Wert einer kurzen Arbeitszeit herauszugeben.

17. Nürnberg. Den Vorstand zu ersuchen, einen Berufscollegen im Hauptbüro zu beschäftigen, dem unter anderem die Berufsagitation obliegt.

18. Bremen. Um eine wirksame Agitation vornehmen zu können, ist es notwendig, eine Betriebszählung unter Mithilfe der Zahlstellen vorzunehmen.

Constituente Anträge:

19. Nürnberg. Die Gauvorstände sind verpflichtet über die Erfolge und abgeschlossenen Verträge bei Lohnbewegungen der Bürsten- und Pinselmacher am Jahreschluss an die Zentralkommission zu berichten. Das Material hat diese entsprechend zu verwerthen.

20. Nürnberg. Die Sektionen beziehungsweise Orte sind verpflichtet über Konjunktur, Organisation, Agitation und über sonstige wichtige Vorkommnisse am Jahreschluss an die Zentralkommission Bericht zu erstatten. Das Material hat diese im Jahresbericht zu veröffentlichen.

Berlin SO. 16, Im Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Agitation unter den Stellmachern.

Mitte Oktober unternahm der Unterzeichnete im Auftrage einzelner Zahlstellen sowie durch Vermittlung der Stuttgarter Sektionsleitung eine Agitation durch die Gaue Erfurt, Frankfurt und Stuttgart. Der Reihe nach fanden Versammlungen statt in: Weimar, Eisenach, Frankfurt a. M., Mainz, Mannheim, Straßburg i. E., Gaggenau i. B., Stuttgart und Coburg. Das zu behandelnde Thema lautete in allen Versammlungen: "Die Lage der Stellmacher Deutschlands und ihre wirtschaftlichen Kämpfe in der Gegenwart." Man kann über den Wert solcher Agitationsveranstaltungen geteilter Meinung sein, wo aber ein so eigenartiger Beruf mit so vielseitigen komplizierten, sichgewerblichen Gebilden in Frage steht, wie die einzelnen speziellen Zweige des Stellmacherberufes, sind solche Agitationsveranstaltungen bisher, wenn die Referate von eingeweihten Berufscollegen gehalten wurden, immer noch von Erfolg gewesen.

Die Erörterung des obengenannten Themas, welches die Behandlung aller Fragen die im Beruf von Bedeutung sind, zuließ, fand allseitige Anerkennung. In der Diskussion nahm die Entwicklung unseres Berufes zur Großindustrie, das Eindringen der Arbeitsmaschine in den Produktionsprozess, die Anwendung verschiedener Arbeitsmethoden und Arbeitssysteme und die damit verbundene ungeheure Erhöhung der Arbeitsleistung einen großen Raum ein. Aber auch die einzelnen Akkordsysteme und die damit verbundene Teilarbeit wurde in einigen Versammlungen lebhaft diskutiert. Die Kritik hat in der Branche ebenfalls ihren Eingang gefunden; die Konjunktur hat im allgemeinen ein heftig nachgelassen und die Beschäftigungsziffer ist zurückgegangen. Das sind Erscheinungen, denen wir nicht müde gegenüberstehen dürfen. Durch die Anwendung technischer industrieller Hilfsmittel werden die Leistungen jedes einzelnen Arbeiter gesteigert, ja sogar zum großen Teil in den Kleinbetrieben haben wir heute durch das Emporkommen elektrischer Überlandzentralen elementare Kräfte und Arbeitsmaschinen. Daraus ergibt sich, daß ein großer Teil unserer Berufsleute überflüssig, aus dem Produktionsprozess hinausgedrängt wird. Hand in Hand mit dieser technischen industriellen Entwicklung muß die Verkürzung der Arbeitszeit gehen. Diese ist in unserer Branche noch eine lausgerückte, daß die wöchentliche stündliche Arbeitszeit

nicht zu den Seltenheiten gehört. In einer Anzahl Versammlungen wurde auch über die Tätigkeit unserer Zentralkommission lebhaft Klage geführt. Diese hat zu all diesen wichtigen Fragen der Gegenwart bisher, weder in Wort noch Schrift, die geringste Anregung gegeben. Hier müssen die Kollegen der einzelnen Orte nachhelfen, um so durch gemeinsame Arbeit zum Ziele zu kommen.

In Weimar, wo meine Arbeit begann, waren von den 40 dort beschäftigten Kollegen 26 in der Versammlung erschienen. Der große Teil ist in der Waggonfabrik beschäftigt. Der Geschäftsgang ist ein gedrückter und es wird gegenwärtig verkürzt gearbeitet. Die Versammlung nahm infolgedessen einen imposanten Verlauf, als nach langer anregender Diskussion, in welcher die örtlichen Verhältnisse eingehende Berücksichtigung fanden, die Gründung einer Sektion vorgenommen wurde. In Eisenach, wo 30 Kollegen beschäftigt sind, waren 20 anwesend, darunter auch einige Hirsch-Dundersche. Die Mehrzahl ist in der Fahrzeugfabrik tätig. Insgesamt sind die Kollegen zu 80 Prozent Mitglieder unserer Organisation. In Frankfurt a. M. hätte der Besuch der Versammlung ein besserer sein können. Von den 200 am Ort beschäftigten Kollegen waren 70 erschienen. Die allgemeine Lage der Frankfurter Kollegen erscheint mir nicht gerade günstig. Zunächst bestehen dort noch vier verschiedene Arbeitszeiten. Die Fluktuation ist eine große und der Arbeitsvermittlung wird nicht die nötige Beachtung beigemessen. Mehr Kampfesmut unter den Kollegen wäre hier am Platze. In Frankfurt gibt es noch ein gutes Stück organisatorische Arbeit zu leisten, zu welcher die Mithilfe aller Kollegen notwendig ist. In Mainz hatte die Versammlung unter dem ungünstigen Wetter zu leiden. Der strömende Regen mag manchen Kollegen vom Besuch abgehalten haben. Von den 170 bis 200 Kollegen, die in den Orten Mainz, Gustavsburg, Rüsselsheim und Rombach wohnen bzw. arbeiten, waren 45 erschienen. Es wäre vielleicht zweckmäßiger gewesen, für dieses Industriegebiet zwei Versammlungen abzuhalten, und zwar eine für die in der Automobilindustrie der Opelwerke in Rüsselsheim, die andere für die in der Waggonindustrie in Womburg und Gustavsburg beschäftigten Kollegen. Zumal ja auch die Produktionsformen beider Industrien grundverschieden sind. In Mainz sind noch einige Kleinmeister vorhanden, die jedoch nur wenige Kollegen bei 60stündiger Arbeitszeit und Löhnen von 28-32 Mk. beschäftigen. Obwohl die Organisation im Mainzer Gebiet verhältnismäßig gut sein mag, gibt es doch unter den Berufscollegen noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten, an welcher jeder einzelne mithelfen muß. In Mannheim hatten die Kollegen eine gute Versammlung zusammengebracht; unsere Kollegen waren fast restlos, 65 an Zahl, erschienen. In der maßgebenden Firma Benz ist die Teilarbeit in größerem Umfange durchgeführt, auch besteht die englische Arbeitszeit (früh 6 bis nachmittags 3 Uhr, einschließlich Pause). Bei der Firma Lang ist ebenfalls eine Anzahl Kollegen beschäftigt, diese lassen jedoch nichts von sich hören. Weiter befinden sich in einigen Kleinbetrieben acht bis zehn Kollegen, welche zur Hälfte unserem, zur Hälfte dem christlichen Verbands angehören. In Straßburg i. E. waren von den 70 dort Beschäftigten 20 in der Versammlung erschienen. Den Verhältnissen entsprechend, konnte der Besuch ein besserer sein, da hier rund 40 Kollegen unserem Verbands angehören, und in den Werkstätten, wo die Kollegen über eine gute Organisation verfügen, sind ganz ansehnliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen. Hier fehlen meiner Meinung nach tüchtige Berufscollegen, welche den Organisationsgedanken weiter tragen in die indifferenteren Kollegenzreise. Zu bemerken ist hier noch, daß die Stadtverwaltung der weiteren beruflichen Ausbildung ziemlich weites Entgegenkommen zeigt, indem dieselbe die Kosten des seit einiger Zeit eingeführten Fachzeichnenunterrichts aus städtischen Mitteln bestreitet. In Gaggenau i. B., wo die Weltfirma Benz-Mannheim einen Zweigbetrieb unterhält, in welchem rund 1200 Arbeiter beschäftigt sind, waren von den dort beschäftigten 25 Berufscollegen 19 in der Versammlung erschienen. Hier werden speziell Lastautos gebaut. Die Arbeitszeit ist wie in Mannheim. In Gaggenau bilden die Stellmacher das Rückgrat der Zahlstelle, der größte Teil der dortigen Tischler steht unserer Organisation noch fern. Die imposanteste Versammlung hatten die Stuttgarter Kollegen zu verzeichnen. Von den rund 170 am Ort beschäftigten Kollegen waren 100 in der Versammlung erschienen. Die dortigen Kollegen haben es tatsächlich verstanden, eine gute Organisation zu schaffen, nur wenige Unorganisierte sind noch vorhanden. Die dem Referate folgende Diskussion stand durchaus auf der Höhe. Die Stuttgarter Kollegen können auf Grund ihrer Geschlossenheit den Ablauf ihrer Verträge im nächsten Frühjahr getrost entgegensehen; Kampfesmut und entschlossener Wille ist bei ihnen zu finden. In Coburg, wo ich die letzte Versammlung hatte, ist das gerade Gegenteil von Stuttgart zu verzeichnen. Von den 35 am Ort Beschäftigten waren rund 20 erschienen. Hier herrscht bei einem Teil der Kastenmacher noch der alte Junstgeist, in welchem der Kastenmacher gewissermaßen als Untermeister in Erscheinung tritt, ja die Löhne usw. für die Helfer selbst bestimmt. Derartige Verhältnisse gehören ja glücklicherweise auch in unserer Branche zu den Seltenheiten, aber die Coburger Kollegen mögen kein Mittel unverzucht lassen, diese Dinge aus der Welt zu schaffen. Besonders bemerken möchte ich, daß hier die Sektionsleitung wohl nicht in den richtigen Händen liegt. Nach Angaben der Kollegen hat seit einem halben Jahre keine Versammlung stattgefunden, auch erschien der Sektionsleiter erst am Schluss der Versammlung. Die Coburger Kollegen haben alle Ursache auf dem Posten zu sein, denn die hier angetroffenen Lohn- und Arbeitsbedingungen spotten jeder Beschreibung.

Fassen wir das Resultat dieser Agitationsveranstaltungen zusammen, so kann gesagt werden: Diese Veranstaltungen haben einen Anlaß, die locker gewordene Verbindung unter den Berufscollegen zu festigen, und das allgemeine berufliche Interesse wieder beleben, und wenn die Kollegen den Ernst der gegenwärtigen Situation erfassen und die gegebenen Anregungen weiter tragen in die Kreise der uns noch fernstehenden Kollegen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Emil Winkler, Leipzig.

Korrespondenzen.

Böhlen (Schwarzb.-Auboldstadt). Hier bestehen neben zwei Kleinmeistern zwei größere Betriebe: die Sperrholzfabrik und Tischlerei für Innendekoration V. Harrah G. m. b. H. und die Holzwarenfabrik Fr. Hettler. In ersterem Betriebe ist der Geschäftsgang ungünstig, was schon dazu führte, daß eine Zeit lang nur halbe Tage gearbeitet wurde. Während nun die Arbeiter schon dadurch einen bedeutenden Lohnausfall hatten, wurde dieser noch größer, indem die Firma die Löhne reduzierte, was ja infolge der Gleichgültigkeit der Arbeiter ihrer Organisation gegenüber für die Firma leicht war. Die Holzwarenfabrik Hettler machte schon im März dieses Jahres von sich reden, als der Firmeninhaber eine sogenannte Lebensversicherung für seine Arbeiter einrichten bzw. letztere in eine Versicherung einkaufen wollte. Geworden ist allerdings daraus bis heute noch nichts. Gut verdient aber sind diejenigen Arbeiter, die den Weg zur Organisation gefunden haben und dieser die Treue bewahren. Das ist aber auch nötig, denn Herr Hettler hat eine Realkalkulation der Akkordlöhne durchgeführt, welche geringeren Verdienst zur Folge hatte, er hat neue Arbeiten ausgegeben, auf welche wohl ein Lohn für Lehrlinge erzielt wird, der aber nicht ausreicht, erwachsenen und verheirateten Tischlern die Mittel zum Leben zu gewähren. Als nun unsere Kollegen dagegen protestierten, wurden die drei verheirateten entlassen. Bei ausgebrochenen Differenzen zeigte Herr Hettler seine große Höflichkeit, indem er dem Gauvorsteher, der sein Eintreffen bei ihm schriftlich anmeldete, um die Sache auf friedliche Weise zu schlichten, einfach schrieb, wenn der Gauvorstand verhandeln wolle, möge er dieses außerhalb seines Betriebes tun. Nun da jetzt Hettler Ersatzkräfte für seine entlassenen Tischler braucht, benutzt er die städtischen Arbeitsnachweise. Vom Arbeitsnachweis in Jena kamen Tischler, die aber, als sie über die Arbeits- und Lebensverhältnisse wahrheitsgemäß unterrichtet wurden, schnell den Ort wieder verlassen haben. Mit Stundenlöhnen von 30 Pf. durchschnittlich kann ein fremder Kollege in Böhlen nicht durchkommen. Die Lebenshaltung ist hier nicht billiger als in den Städten. Die zureisenden Kollegen sind finanziell nicht in der Lage, Geld mitzubringen, um es Herrn Hettler zuliebe hier zuzulegen. Mit Rücksicht auf die Stellungsnahme dieser Firma hat die hiesige Zahlstelle die Sperrung über diesen Betrieb verhängt und bittet alle Holzarbeiter das Ankommen, nach hier zu gehen, in ihrem eigenen Interesse abzulehnen. Die hiesigen Kollegen aber mögen an ihrer Organisation festhalten und die noch fernstehenden heranziehen, damit sie stets in der Lage sind, alle Uebergriffe der Arbeitgeber mit Erfolg zurückzuweisen.

Eisenberg. Während des Sommers wurde in einigen Betrieben der Pianaorache verkürzt gearbeitet, was seit langer Zeit nicht vorgekommen ist. Die Kollegen glaubten, daß es im Herbst wieder besser werden würde, haben sich aber getäuscht. So hat jetzt die Firma Volkath u. Knoppe, welche erst im vorigen Jahre ihr Geschäft vergrößert hat, acht Kollegen gekündigt. Die Kollegen ersuchten die Geschäftsleitung, doch verkürzt arbeiten zu lassen, leider vergeblich. Durch Verkürzungen leide das Geschäft, laute die Antwort. Durch die Entlassung einer Anzahl Arbeiter höchstwahrscheinlich nicht. Die auswärtigen Kollegen ersuchen wir, aus Vorstehendem zu entnehmen, daß in Eisenberg vorläufig niemand untergebracht werden kann. Des weiteren machen wir auf unseren Arbeitsnachweis aufmerksam. Umschauen ist nach wie vor verboten.

Ohligsen. Der Beschäftigungsgrad weist nun auch hier ein stetes Sinken auf. In den allermeisten Betrieben sind leere Plätze vorhanden, es wird sogar in einigen Betrieben fünf Tage pro Woche gearbeitet. Im weiteren folgt Entlassung auf Entlassung. Ueberall zeigt sich, daß die Holzindustrie hier schlechte Aussichten hat. Das bedauerlichste ist aber, daß diese Erscheinung auch im Verbandsleben zum Ausdruck kommt. Ein großer Prozentsatz der Kollegen legt vollständige Gleichgültigkeit an den Tag, ein anderer Teil ignoriert unsere Mitgliederversammlungen überhaupt das ganze Jahr hindurch. Andere glauben ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie an diesem oder jenem Verwaltungsmittglied mehr oder weniger einwandfreie Kritik üben. Unsere gegenwärtige Zeit sollte doch für jeden Kollegen eine Mahnung sein, unsere Organisation als Machtfaktor auszubauen. Dies wird aber nicht durch die ewigen Nörgeleien erreicht, sondern da heißt es, selber mit Hand anlegen, dies verlangt schon der Selbsterhaltungstrieb. So manche Mißstände schleichen sich oft ganz gemüthlich ein, ob dieselben aber ebenso gemüthlich wieder abgeschafft werden, das steht auf einem anderen Blatt Papier. Kollegen, seid auf der Wacht, streift die Gleichgültigkeit ab, benützt die Wintermonate zum Studium unserer Literatur, besucht die Versammlungen, dann können wir gewappnet der Zukunft entgegensehen.

Frankenberg (Sachsen-Rastau). Abwärts des großen Verkehrs liegt an der Bahnlinie Warburg-Marburg unser idyllisches Städtchen. Die walddreiche Umgebung macht es für holzindustrielle Betriebe besonders geeignet. Als darum der ehemalige Tischler und spätere Großindustrielle Michael Thonet, der sich seit 1830 an der Herstellung gebogener Möbelleiste versuchte und seit 1849 in Wien solche mit Erfolg produzierte, auch in seinem Heimatlande Deutschland eine Fabrik für gebogene Stühle einrichtete, wählte er als Ort seiner Niederlassung Frankenberg. Die Firma Gebr. Thonet, wie die Fabrik infolge der Erbfolge der Söhne des bereits 1871 in Wien verstorbenen Erfinders hieß, hat sich hier zu einem Großbetrieb entwickelt, der heute 180-200 Arbeiter beschäftigt. Leider sind dabei die Arbeitsverhältnisse nicht mit der Zeit fortgeschritten. So sind heute noch Wochenlöhne von 12 bis 15 Mk. durchaus keine Seltenheiten. Lange Zeit waren die Bemühungen der benachbarten Zahlstelle Warburg, in diese Kreise einzudringen, vergebens. Aber steter Tropfen höhlt den Stein. Die Tatsache, daß die Bauarbeiter am Orte, infolge ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit, wesentliche Verbesserungen erzielen, hat jetzt endlich auch unserer langen Borearbeit zu einem Erfolge verholfen. Die Arbeiter der Stuhlfabrik begannen einzusehen, daß auch die Hebung ihrer Lebenslage nur durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß möglich ist, und konnten wir am 8. November bereits eine außerordentlich große Anzahl Aufnahmen vollziehen.

Halle a. S. Trotdem unsere Organisation mit der Karosseriefabrik Ludw. Rathe u. Sohn im Vertragsverhältnis steht, kommen wir aus den Differenzen mit der

Firma nicht heraus. Der schlechte Geschäftsgang im Autobau scheint der Firma besonders günstig, ihre fortgeschrittenen Vorstöße auf Herabsetzung der vertraglichen Löhne zur Durchführung zu bringen. Vor einigen Wochen wurde eine große Anzahl Stellmacher wegen Arbeitsmangel entlassen. Die Mehrzahl der entlassenen Kollegen ist abgereist. Es befinden sich aber immerhin noch etwa 20 arbeitslose Stellmacher, darunter eine Anzahl verheirateter, am Orte. Die Firma Kathe hat jetzt einige eilige Aufträge zu erledigen, zu deren Erfüllung sie einige Kastenheifer benötigt. Trotzdem sie laut Vertrag verpflichtet ist, den Arbeitsnachweis unseres Verbandes zu benutzen, versucht sie Leute ohne den Nachweis einzustellen. Dabei entpuppt sich wieder einmal das Begehren, die Vertragslöhne zu durchbrechen. Zunächst sollen die eingestellten Kollegen unter dem Mindestlohn anfangen. Als dies abgelehnt wurde, erklärte sich die Firma bereit, den Mindestlohn zu zahlen. Die Kollegen aber, welche bereits über den Mindestlohn hinaus verdient hatten, sollen selbstverständlich auch zum Mindestlohn wieder anfangen. Wenn dann der Lohn auf diese Art heruntergedrückt ist, wird man den anderen Teil der Kollegen entlassen, um ihn dann später ebenfalls zu den Mindestlöhnen einstellen zu können. Der Zweck, den Lohn herabzusetzen, wäre damit erreicht. Die Kollegen wollen sich solche Dinge aber nicht bieten lassen und stützen sich auf ihre Organisation und die Solidarität der Kollegen im Reich. Wir bitten deshalb, Arbeitsangebote der Firma zurückzuweisen und weder mündlich noch schriftlich bei der Firma anzufordern. Es befinden sich genügend Arbeitslose am Orte. Vor allen Dingen müssen die verheirateten Kollegen, welche anderwärts am Orte keine Arbeitsgelegenheit erwarten können, untergebracht werden. Deshalb übt Solidarität, damit die Firma Ludw. Kathe u. Sohn sieht, daß die organisierten Holzarbeiter sich durch die Laune eines Arbeitgebers nicht die Löhne kürzen lassen, wenn auch der Geschäftsgang nicht so flott ist.

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Sonnabend, den 1. November, bis Freitag, den 7. November 1913.

Branchen	In d. Woche besetzte Arbeitsstellen	Am Wochenenschluß vorhandene	
		offene Arbeitsstellen	gemeldete Arbeitslose
Bautischler inkl. Umschläger	54	—	440
Möbelschneider	69	—	231
Wäschinarbeiter	3	—	30
Polierer inkl. Peizer	2	—	11
Drechsler	—	—	5
Sonstige Branchen	1	—	38
Zusammen	129	—	755

Nürnberg. Trozdem seit der von hier im August 1912 in der Zeitung gegebenen Anregung zur Abhaltung einer Kammacherkonferenz schon über ein volles Jahr verfloßen ist, läßt sich ein praktisches Ergebnis nicht feststellen. Man könnte den Gedanken ruhig begreifen, wenn nicht die Kollegen der fortgeschrittenen Orte dauernd unter der Gleichgültigkeit der anderen zu leiden hätten. Nüher Nürnberg haben sich bisher in zustimmendem Sinne nur geäußert Ansbach, Berlin, Calw, Darmstadt, Dresden, Erlangen und Weichenburg i. B. Außerdem sollten aber vertreten sein: Aschaffenburg, Bensheim, Burgau, Frankfurt, Hannover, Harburg, Kleve, Kreuznach, Lauterbach, Mannheim, Michelstadt, Ober-Ramstadt, Pforzheim, Speier, Schöttmar, Weinheim und Zerbst. Wir haben auch die Gauvorstände und Zahlstellenverwaltungen ersucht, in den betreffenden Orten die Kammacher für die Konferenz etwas zu interessieren. Aber alles das hat die beteiligten Kollegen nicht aus ihrer Reserve herauszuholen vermocht, ein Zeichen, daß in der Mehrzahl der Kammacherorte kein Interesse für eine solche Konferenz vorhanden ist. Wenn auf der Konferenz nur die erstgenannten acht Orte vertreten sind, dann ist der Wert derselben sehr minimal. Die Hauptsache wäre doch, daß möglichst alle Orte mit Kammachern vertreten wären; die zurückgebliebenen in erster Linie, da sie das Entschiedenste der anderen wieder wertlos machen. Die Zentralkommission hat uns schon öfter der Sympathie des Verbandsvorstandes versichert. Vielleicht hat sie auch mehrere Zuschriften aus Orten von Kammachern erhalten und könnte endlich ernstlich diese Sache betreiben. Mit gutem Willen wäre es möglich, die Konferenz an den beiden Weihnachtsfeiertagen zu halten, welche dieses Jahr für unsere Sache recht praktisch fallen. Wir müssen diejenigen Kollegen berücksichtigen, welche an den Arbeitstagen nicht gut abkommen können. Als Tagesordnung käme in Frage: 1. Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kamm- und Haarschmudarbeiter. Referent aus der Zentralkommission. Hier anschließend die Berichte der einzelnen Delegierten. 2. Organisation und Agitation. 3. Die Feuergefährlichkeit der Zelluloseverarbeitung. Zum zweiten Punkt ließe sich auch manches einschalten über den Kartellvertrag, speziell § 3 a. Ueberhaupt bieten diese drei Punkte soviel Stoff, daß die verfügbare Zeit voll ausgenützt und alles Nötige besprochen werden könnte. Als Tagungsort ist Nürnberg von mehreren Seiten vorgeschlagen worden und dürfte dies auch zweckmäßig sein. Gut wäre es, wenn alle drei Verhandlungspunkte mit Vortragenden aus der Zentralkommission besetzt werden könnten, da es dieser ja an Material nicht mangeln dürfte.

Witten. Im Hammertal, welches abwärts von Witten, in den Ruhrbergen liegt, befindet sich ein Vaugeschäft, das auch 20 Tischler beschäftigt. Es ist dies ein Farbenfabrik in wohrem Sinne des Wortes. Wir haben es auch in diesem Jahre, Vorstöße dorthin gemacht, die aber immer am Unverständnis der Kollegen scheiterten. Ein älterer Kollege erklärte uns sogar, wo der Verband hinkomme, sei es mit dem Geld verdienen aus; gemeint war, daß dann nicht mehr Anfang der Woche blau gemacht und an den anderen Tagen Tag und Nacht gearbeitet werden könne. Gewiß, wo der Verband Fuß gefaßt, hören solche unwürdigen Verhältnisse auf. Der Werkführer, der die Ruhrberge noch nicht verlassen hat, erklärte uns einmal im Beisein der Kollegen: Warum wir denn gerade dann kämen, wenn viel Arbeit da sei, wir sollten doch kommen, wenn es nicht so eilig sei. So ist es denn auch gekommen, wie es infolge der Gleichgültigkeit der meisten Kollegen kommen mußte: nachdem jetzt

die Herbstbauten fertig sind und es mit den Winterbauten noch Zeit hat, zog der Unternehmer jedem Arbeiter 5 Pf. vom Stundenlohn ab. Die wenigen organisierten Kollegen kündigten hierauf, verlangten aber während der Kündigungsfrist noch den alten Lohn, was den Sohn des Inhabers sehr entriestete. Auch sonst sieht es im Betrieb nicht aus. Die Abschnitte werden wöchentlich nur einmal weggeräumt. In diesem Jahre sind allein fünf Unfälle vorgekommen. Möchten doch endlich sich auch in den Ruhrbergen alle Kollegen dem Verbande anschließen, dann werden auch in den kleinsten Orten menschenwürdige Verhältnisse Platz greifen.

Unsere Lohnbewegung.

In Bielefeld haben die Heimarbeiterrinnen in der Schirmindustrie, 30 an der Zahl, mit Hilfe des Verbandes eine Lohnbewegung durchgeführt, die ihnen eine durchschnittlich 15prozentige Lohnerhöhung bringt und vor allen Dingen ihnen den vereinbarten Akkordpreis auch für die Zeiten weniger günstigen Geschäftsganges sichert. Die Preise sind in einem bis 1. Oktober 1913 gültigen Akkordtarif festgelegt, der 20 verschiedene Positionen umfaßt. Außer der erzielten geldlichen Vorteile ist aber für die beteiligten Arbeiterinnen von besonderem Wert, daß das bisher als lästig empfundene „Dämpfen“ der Bezugstoffe in den Wohnungen nun in der Regel von den Fabrikanten in ihren Betriebsräumen vollführt werden soll. Dieser Erfolg zeigt wieder einmal recht treffend, wie der Verband auch auf die Lage der Schirmarbeiterinnen bessernd einzuwirken vermag, wenn diese sich ihm nur überall anschließen wollen.

In Bremen (Seehausen), Etebrügge sowie Wulsdorf und Umgegend gelangten in diesem Herbst die Verträge für die Fischkorbbbranche zum Ablauf. Um eine Verständigung über die zu stellenden Forderungen und die Vertragsdauer herbeizuführen, fand im August eine Konferenz in Wulsdorf statt. Es ergab sich aber, daß es unmöglich ist, einen einheitlichen Vertrag für sämtliche Orte durchzusetzen. Nun ist es jedoch gelungen, auf dem Verhandlungswege in allen drei Orten einen verbesserten Vertrag zustande zu bringen. In Seehausen wird die Arbeitszeit von 59 auf 55 1/2 Stunden verkürzt und die Akkordsätze um 5 bis 7 Prozent erhöht, ein Teil der Lohnzulagen (1 Pf. auf den Korb und 1/2 Pf. auf den Deckel) tritt allerdings erst am 1. November 1915 in Kraft. Für Etebrügge ist eine Arbeitszeitverkürzung von 58 1/2 auf 57 Stunden und eine Lohnerhöhung von 4 bis 7 Prozent erreicht; die größere Hälfte derselben ist sofort in Kraft getreten, während der Rest ab 1. Oktober 1914 gewährt wird. Für die Kollegen in Wulsdorf und Umgegend ist eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde, von 57 auf 56 Stunden, und eine Erhöhung der Akkordsätze von 6 Prozent (4 Prozent sofort und weitere 2 Prozent ab 15. Oktober 1915) durchgeführt worden. Die Stundenlöhne erfahren überall eine sofortige Erhöhung von 3 Pf. Bemerkenswert ist, daß in allen drei Orten die Verträge mit dreijähriger Geltungsdauer abgeschlossen sind. Für langfristige Verträge war früher bei den Korbmacherkollegen wenig Sympathie; man wollte Bewegungsfreiheit haben, um die Konjunktur auszunutzen zu können. Wo überhaupt eine bestimmte Zeitdauer festgelegt wurde, war sie gewöhnlich nicht länger als ein Jahr. Durch die üblichen Erfahrungen in früheren Perioden ungünstiger Konjunktur hat sich aber bei den Kollegen nach und nach die Erkenntnis durchgerungen, daß es mit der „Bewegungsfreiheit“ ei. eigene Sache ist. Auch die Arbeitgeber, die früher von langfristigen Verträgen ebensowenig etwas wissen wollten, lassen ihren Widerstand dagegen mehr und mehr fallen und somit ist zu verzeichnen, daß wir auch im Korbmachergewerbe im Gau Hamburg mehr zu stabileren Verhältnissen kommen. Die jetzt abgeschlossenen Verträge dürften wohl für die Korbmacher die ersten sein, die den Kollegen für die weiteren Vertragsjahre noch Verbesserungen bringen. In Anbetracht der ganzen Verhältnisse können die Kollegen mit dem Erreichten zufrieden sein.

In Burgsteinfurt ist es in der Korbmacherei Walterfeld zu Differenzen gekommen, weil der Meister den Gesellen das Sprechen während der Frühstückspause untersagen wollte. Ihm hatte es die Tatsache angetan, daß sich die Arbeiter über politische Tagesereignisse unterhielten. Aus diesem Anlaß wurden einige Kollegen gekündigt, worauf sich die anderen solidarisch erklärten. Die Kollegen werden nun abreisen, so daß Meister und Sohn ihre Gestellarbeit zunächst allein machen müssen. Sie werden ja später erfahren, daß sich auch andere Arbeiter die Pausen nicht derart beschränken lassen.

In Sameln sind die Maschinuarbeiter der Firma Burkardt u. Günther am 13. Oktober in den Abwehrstreik getreten. Die Firma versuchte schon seit längerer Zeit Abzüge an den Akkordpreisen zu machen, was ihr bisweilen auch gelungen ist. Da die Konjunktur nicht gut und der Stundenlohn garantiert war, haben die Kollegen dies stillschweigend geduldet. Verschiedene kleinere Sachen wurden auch in Lohn hergestellt. Jetzt aber wollte man die Lohngarantie aufheben und auch keine Lohnstunden mehr haben. Als Ausgleich sollten pro Karosserie 1,50 Mk. aufgelegt werden, was aber der geforderten Mehrarbeit nicht entsprach. Dazu kam noch, daß die Kollegen bei dem letzten Akkord mit 30 Mk. Defizit abgeschrieben hatten. Auf dieses Angebot konnten die Kollegen natürlich nicht eingehen. Nachdem die Kommission am 13. Oktober wieder erfolglos vorstellig wurde, haben die Kollegen die Arbeit eingestellt. Durch die Verhandlung des Gauvorstehers wurde die Sache wieder geregelt und konnten die Kollegen die Arbeit am 21. Oktober wieder aufnehmen. Nur durch das Zusammenhalten der Kollegen konnte dieser Abschluß erzielt werden. In der Karosserie sind sämtliche Kollegen organisiert.

In Wengeringhausen i. Walde sind die Differenzen in der Schuhfabrik nach Verhandlungen mit der Lokalverwaltung der Zahlstelle Cassel wieder beigelegt. Die Firma hatte nicht beabsichtigt, Abzüge bei den Akkordpreisen zu machen, vielmehr erklärte sie durch den Mund ihres Direktors, daß man an Abzüge überhaupt nicht denke. Es wird nun an den Kollegen in Wengeringhausen liegen, daß sie so einig sind und so fest organisiert, daß die Firma auch für die Zukunft bei ihrem löblichen Vorfaz bleibt und vielmehr eher, entsprechend den teureren Lebensmittelpreisen in Wengeringhausen, die Lage ihrer Arbeiter zu verbessern sucht.

In Schwerin i. Meckl. sind die Arbeiter der Piano-fabrik Perzina Ende Oktober vier Tage lang ausständig gewesen, um eine angebotene Lohnkürzung abzuwehren. Trozdem der mit der Fabrik abgeschlossene Tarifvertrag noch bis Oktober 1914 läuft, versuchte die Firma fortgesetzt Abzüge zu machen. Als ein Kollege, der sich einen sehr beträchtlichen Abzug nicht gefallen lassen wollte, entlassen wurde, legten auch 47 weitere Arbeiter die Arbeit nieder. Das hatte den Erfolg, daß die angebotenen Abzüge nun unterbleiben. Bis zur Aufstellung eines neuen Akkordtarifes wird auch für das fröttige Modell der alte Preis gezahlt. Die Firma beabsichtigt eine neue Arbeitsstellung durchzuführen, an der sich ein neuer Meister die Sporen verdienen will. Die Kollegen werden sich etwaigen technischen Verbesserungen nicht entgegenstellen, nur wollen sie nicht dabei die Leidtragenden sein. Die Verhandlungen über die Neuregelung sollen nun sofort beginnen. Charakteristisch ist übrigens bei dem jetzt erledigten Streitfall, daß die bürgerliche Lokalpresse die offensündige Tarifverletzung der Firma in eine solche der Arbeiter umzubilden versuchte.

Ausland.

In Birmingham befinden sich seit sieben Wochen die Möbelschneider im Streik. 75 Firmen, die über 700 Arbeiter beschäftigen, haben bis jetzt die Forderungen der Streikenden bewilligt. 40 Firmen jedoch, die der Unternehmerorganisation angehören und bei denen 628 Arbeiter und Arbeiterinnen ausständig sind, haben trotz wiederholter Verhandlungen alle Forderungen abgelehnt.

Aus der Holzindustrie.

Spanen auf dem Arbeitsmarkt nennt der christliche Holzarbeiter sehr zutreffend jene dunklen Ehrenmänner, die die Not der Arbeitslosen durch Kautionschwindel oder durch betrügerische Angebote von Nebenbeschäftigung usw. auszubenten suchen. Sollten diesen dunklen Ehrenmännern nicht auch solche Leute zuzuzählen sein, welche das Ueberangebot an Arbeitskräften an einzelnen Orten noch künstlich zu vermehren trachten und dadurch zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen beitragen? Das aber tut der Zentralverband christlicher Holzarbeiter, der durch sein Verbandsorgan Tischler nach Hamburg sucht, obwohl, wie aus den wöchentlich in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Berichten des paritätischen Arbeitsnachweises ersichtlich, dort fortgesetzt mehrere Hundert Tischler arbeitslos sind. Die Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises in Hamburg ist durch den Vertrag obligatorisch gemacht. Jeder Unternehmer, der die Sagenen dieses Nachweises umgeht, macht sich des Vertragsbruches schuldig. Die Christen sind an dem Vertragsbruch in Hamburg nicht beteiligt gewesen. Sie folgern daraus, daß sie sich an die Bestimmungen des Vertrages nicht zu halten brauchen. Sie haben einen eigenen Arbeitsnachweis errichtet, bei welchem der Beitritt zum christlichen Verband Voraussetzung für die Vermittlung ist. Damit hoffen sie, wenn auch auf Kosten der vom Deutschen Holzarbeiter-Verband erkämpften Erwerbschancen, in Hamburg Boden zu fassen. Wenn sie bei diesem Tun auch einen noch so großen Erfolg erzielen, bleiben sie doch dazu verurteilt, in Hamburg eine hoffnungslose Minderheit zu bilden. Ein Resultat haben sie aber durch ihr Vorgehen immerhin erreicht, nämlich das Anrecht auf die Bezeichnung als Spanen auf dem Arbeitsmarkt.

Waggonfabrik Jos. Rathgeber Aktien-Gesellschaft in München-Moosach. Einen Ueberblick über die Rentabilität der Waggonfabrikation gewinnt man aus dem Prospekt den die genannte Fabrik veröffentlicht, infolge eines Antrages der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, 2 1/2 Millionen Mark Aktien und 1 1/2 Millionen Mark Hypothekenschuldverschreibungen der Gesellschaft zum Handel und Notierung an der Münchener Börse zuzulassen. Das Unternehmen wurde von dem Vorbesitzer, J. Rathgeber, zu einer Barvergütung von 1.949.000 Mk. übernommen, wobei die in München an der Marsstraße gelegenen, recht wertvollen, früheren Fabrikgrundstücke nicht mit übergingen. Auch verpflichtete sich der frühere Besitzer, der Gesellschaft keine Konkurrenz zu machen. In den letzten drei Jahren vor der Gründung der Aktiengesellschaft, in den Jahren 1908/09, 1909/10 und 1910/11 betrug der Umsatz 2,95 bzw. 2,92 bzw. 3,44 Millionen Mark. Der Fabrikationsgewinn erhöhte sich in diesen Jahren von 175.633 Mk. bzw. 251.367 Mk. auf 453.835 Mk. Seit Gründung der A.G., in den Jahren 1911/12 und 1912/13, betrug der jährliche Umsatz 3,23 Millionen Mark bzw. 3,60 Millionen Mark. An Dividenden konnten 1911/12 6 Prozent, im letzten Jahre 8 Prozent ausgeschüttet werden. Zurzeit werden in diesem Betriebe 700 Beamte und Arbeiter beschäftigt. Betont wird, daß die Waggonfabrik J. Rathgeber A.-G. bei keiner Konvention der Waggonfabrikanten beteiligt ist und daß für das laufende Geschäftsjahr ausreichende Aufträge vorliegen.

Letzteres steht allerdings nicht ganz im Einklang mit den vor einigen Monaten erfolgten zahlreichen Entlassungen in der Schreinerei, bei der nur durch Eintreten der Organisationsleitung im Oktober eine Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit noch verhindert werden konnte. Bei der gesicherten Gewinnaussicht wäre es auch recht angebracht, wenn die Fabrikleitung mit der Entlassung der alten Arbeiter und den Verjüngungsbestrebungen des Arbeiterstandes etwas einhalten würde, zumal als Hauptauftraggeber nur der bayerische Staat und Stadtgemeinden in Betracht kommen. Unsere Kollegen in diesem Betriebe sind seit Jahren vollständig organisiert und die Betriebsdirektion ist bemüht, auftauchende Differenzen mit der Organisation zu regeln.

Ein recht schwache Erwiderung bringt der schwarze „Holzarbeiter“ auf die Beleuchtung, die wir in unserer Nr. 44 der christlichen Flunke rei hinsichtlich der Ergebnisse der 33er Arbeitslohnveränderungskasse angedeutet ließen. Für die geistige Höhe, auf welcher sich der Schmarren bewegt, sind folgende Sätze bezeichnend: „Das Kölner Schreinerhandwerk wird sicherlich keinen Schaden nehmen, wenn die roten Holzarbeiter insgesamt von Köln abwandern sollten. Wenn's den „Genossen“ Spaß macht und sie von ihrer Leistungsfähigkeit voll und ganz überzeugt sind, mögen sie es nur einmal versuchen.“ — Wer durch solche Argumente nicht von der Verunsicherung der Mitglieder des ultra-montanen Holzarbeiter-Verbandes überzeugt wird, dem ist nicht zu helfen.

Mit dem Hinweis darauf, daß die christliche Zahlstelle im dritten Quartal 15 078 Marken verkauft habe, verwahrt sich das christliche Blättchen dagegen, daß wir den schwarzen Holzarbeitern in Köln eine zu geringe Mitgliederzahl „angedichtet“ hätten. Nur immer ehrlich, kleiner schwarzer Schäfer, wenn's auch schwer fällt! Wir haben aus dem offiziellen Bericht der Versicherungsstelle zitiert, daß der ultramontane Verband der Klasse mit 680 Holzarbeitern angegeschlossen ist, wozu noch 35 Tapezierer kommen, die dem gleichen Verband angehören. Wenn diese Zahl „erblickt“ ist, soll man doch uns nicht die Schuld dafür beimessen.

Den Schluß macht ein Wutausbruch darüber, daß wir vom „ultramontanen“ Holzarbeiter-Verband gesprochen haben. Aber warum denn so empfindlich? Das Blättchen liebt es doch, wenn es den Deutschen Holzarbeiter-Verband meint, vom sozialdemokratischen Holzarbeiter-Verband zu schreiben. Das läßt darauf schließen, daß man es dort für richtig hält, bei der Benennung einer Gewerkschaft auf deren angebliche Beziehung zu einer politischen Partei hinzuweisen. Wir regen uns darüber nicht weiter auf, aber was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Das Verhältnis, das zwischen den christlichen Gewerkschaften und der ultramontanen, oder wie sie sich offiziell nennt, Zentrums-Partei besteht, ist doch zur Genüge bekannt, so daß hierüber kein Wort verloren werden braucht. Die Untersuchung der Frage, inwieweit die Befehle des Papstes in Rom für die christlichen Gewerkschaften in Deutschland bindend sind, hatten wir in diesem Zusammenhang für müßig, wir wollen aber unserer Kollegin von der schwarzen Fakultät gern ein Zugeständnis machen: Wir werden den hinter ihr stehenden ultramontanen Verband künftig abwechselungsweise auch als Zentrums-Gewerkschaft ansprechen.

Der amerikanische Verband der Zimmerer und Bautischler schließt sein Geschäftsjahr mit dem 30. Juni. Aus dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht des Generalsekretärs ergibt sich, daß die „Vereinigte Bruderschaft“ ihre Mitgliederzahl im letzten Geschäftsjahr um 22 000 gesteigert hat. Sie umfaßt in 121 Distrikts-Councils (etwa unseren Gauen vergleichbar) und 1908 Lokals (Zahlstellen) 218 794 gutstehende Mitglieder. Außerdem werden in den Listen noch 33 680 Mitglieder geführt, die mit ihren Beiträgen im Rückstand sind. Am stärksten ist die Organisation im Staate New York verbreitet, wo sie in 215 Lokals 32 632 Mitglieder umfaßt, dann folgt Illinois mit 174 Lokals und 29 809 Mitgliedern.

Der Hauptvorstand hat im letzten Jahre 152 Lohnbewegungen genehmigt; in den meisten Fällen erfolgte aber eine friedliche Befriedigung zwischen den Parteien; nur in etwa 20 Fällen wurden Streiks geführt. Dagegen werden immer häufiger Tarifverträge abgeschlossen. Die Kosten der Lohnbewegungen beliefen sich auf 53 311 Dollars. An Sterbe- und Unfallunterstützung wurden 302 546 Dollars gezahlt. Erhebliche Beträge wurden auch an die Mitglieder gezahlt, die bei den großen Ueberschwemmungen im Ohio im letzten Frühjahr vom Unglück betroffen wurden. Insgesamt wurden für diesen Unterstützungszweck 12 000 Dollars aufgewendet. Der Bericht erwähnt schließlich noch die verschiedenen Einhaltsbefehle, das sind die gerichtlichen Aktionen, mit welchen die Unternehmer die Gewerkschaften bekämpfen. Diesen werden hierdurch zwar erhebliche Kosten verursacht, doch beginnt man allmählich einzusehen, daß mit solchen Mitteln den Organisationen nicht beizukommen ist.

Ueber merkwürdige Vorgänge in der Bruderschaft der Zimmerer und Bautischler berichtet die „New-Yorker Volkszeitung“. Es handelt sich um einen Konflikt zwischen der Zentralleitung und dem New-Yorker Distrikts-Council, der 75 Zahlstellen umfaßt. Der Streit dreht sich um die New-Yorker Lokal-Union Nr. 309, die von fortschrittlich gestimmten deutschen Mitgliedern geleitet wird. Die Lokal-Union Nr. 309 ist schon öfters im Kampfe gegen alte Jöpsfe im amerikanischen Gewerkschaftswesen hervorgetreten. Vor einiger Zeit ist sie nun aus dem Distrikts-Council ausgeschlossen worden, weil sie des schweren Verbrechens angeklagt war, Mitglieder aufgenommen zu haben, ohne ihnen das volle Eintrittsgeld (das bekanntlich in Amerika recht hoch ist) abzunehmen. Auf erhobene Beschwerden hat die Zentralleitung entschieden, daß die Lokal-Union Nr. 309 wieder in ihre Rechte einzusetzen ist. Dem Entschluß hat sich aber das Distrikts-Council widersetzt. Als kürzlich die Wahl des Distriktsbeamten durch Urabstimmung vorzunehmen war, wurden die von der Lokal-Union Nr. 309 abgegebenen Stimmen als ungültig betrachtet und ein Kandidat als gewählt proklamiert, der nicht die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt hatte.

Der Zentralvorstand der Bruderschaft hat nunmehr, nachdem er sich durch eine genaue Kontrolle der Geschäfts- und Mitgliedsbücher der Lokal-Union Nr. 309 von deren einwandfreier Betätigung überzeugt hat, die Suspendierung des Distrikts-Councils verfügt. Die Lokals-Unions sind angewiesen, keine Beiträge mehr an dieses zu zahlen; die Zentralleitung hat vielmehr Anordnungen zur Wahl eines neuen Distrikts-Councils getroffen.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf in Dublin.

F. W. Der Kampf um das Koalitionsrecht in Dublin dauert unverändert fort. Die bürgerliche Presse Englands berichtet zwar alle paar Tage von einer bevorstehenden Beilegung des Streits, doch geschieht das nur, um den Streikbrechern, die man in den letzten Wochen nach der irischen Hauptstadt zu locken sucht, die Gewissensstrupel zu nehmen. Wohl sind die Sympathiestreiks, die zugunsten der Dubliner Beschäftigten im September in Liverpool, Manchester, Birmingham und Sheffield ausbrachen, sehr bald beigelegt worden, aber die circa 2000 Streikenden und Ausgesperrten halten in geschlossener Phalanx dem koalitierten Unternehmertum gegenüber aus. Es handelt sich bei diesem Kampfe nicht etwa um ein paar Pfennige Lohnerhöhung, sondern die übermächtigen Unternehmer Dublins, mit ihrem Oberhaupt Mr. Murphy an der Spitze, verlangen von den Arbeitern nichts weniger, als daß sie aus ihrer Zentralorganisation, dem irischen Transportarbeiter-Verband austreten; sie wollen den Arbeitern aber gnädigst gestatten,

lokalen Berufsorganisationen beizutreten oder solche zu gründen.

Dieses Ansinnen hat aber die englischen Gewerkschaften auf den Plan gerufen. Denn nachdem die Vorschläge der staatlichen Untersuchungskommission auf Einsetzung eines Einigungsamtes von den „Murphyisten“ brüskt abgelehnt worden waren und die Unternehmer glaubten, die Arbeiter durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen, beschloßen die englischen Gewerkschaften die Ausgesperrten tatkräftig zu unterstützen. Die im Kampfe erprobten Gewerkschaften wollten unter keinen Umständen zugeben, daß die Dubliner Arbeiter durch die bitterste Not gezwungen werden sollten, das Erstgeburtsrecht ihrer Zentralorganisation gegen das Einsengericht einer lokalen Berufsorganisation einzutauschen.

Das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses beschloß Ende September 5000 Pfund Sterling (100 000 Mk.) zu bewilligen, um ihre notleidenden irischen Genossen mit Lebensmitteln zu unterstützen. Sie gaben diesen Mißenauftrag an die Großkaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften, von der er prompt erledigt wurde. Mittwochs abends lief der Aufruf ein und schon Freitag nachmittags dampfte das Schiff „Harc“ (Hase) vollbeladen mit allen möglichen Lebensmitteln nach Dublin ab, wo es freudig empfangen wurde.

Das Parlamentarische Komitee veranstaltete daraufhin, zusammen mit dem „Daily Citizen“, dem Organ der britischen Arbeiterpartei, eine Sammlung, zu dem Zwecke, weitere Schiffe mit Nahrungsmitteln nach Dublin zu schicken. Der Appell an die Solidarität der englischen Arbeiterklasse sollte nicht umsonst ergangen sein. Rund 50 000 Pfund Sterling (1 Million Mark) ist bisher zusammen gebracht worden und in dieser Woche geht bereits das fünfte Schiff mit Proviant für die Hungernden ab. Die Gewerkschaften wetteifern geradezu mit der Ausbringung von Mitteln, um die Unterstützung der Ausgesperrten sicherzustellen.

Die aussperrungswütigen Unternehmer stehen diesen Akten brüderlicher Solidarität mit purem Meid gegenüber, da ihre Pläne zerschanden geworden sind, die kämpfenden Arbeiter auszuhungern. Sie stehen jetzt da wie die betäubten Lohgerber, denen die Felle weggeschwommen sind, und da sie durch die mehrwöchige Aussperrung selbst in eine bedrängte Lage geraten sind, wandten sie sich an ihre eigenen Klassengenossen in England mit der Bitte um Unterstützung. Da die Dubliner Unternehmer nun aber nicht öffentlich zugeben wollten, daß sie nicht in der Lage sind, ihre bedrängten Kollegen weiter zu unterstützen, sandten sie ein vertrauliches Schreiben an das Parlamentarische Komitee der vereinigten Unternehmer mit der Bitte, Schritte zu unternehmen, um 50 000 Pfund Sterling zur Unterstützung der notleidenden Unternehmer aufzubringen. Dies vertrauliche Schreiben geriet aber in die Hände des Redakteurs vom „Daily Citizen“, der es veröffentlichte. Bei dieser Gelegenheit kam es dann heraus, daß das Verlangen, die 50 000 Pfund Sterling aufzubringen, vom Parlamentarischen Komitee der Unternehmer rundweg abgeschlagen worden ist. Die Dubliner Unternehmer werden wohl nun an andere Türen klopfen müssen, oder, was viel vernünftiger wäre, sich mit ihren Arbeitern einigen.

Durch eine beispiellose Heze haben aber die Dubliner Unternehmer erreicht, den Mann, den sie am wütendsten mit ihrem Hasse verfolgten, zur Straße zu bringen. James Larkin, der Führer des irischen Transportarbeiter-Bandes, wurde angeklagt wegen „aufrührerischem Schmähreden und Anreizung zum Aufrührerischen Schmähreden und Anreizung zum Aufrührerischen Schmähreden“ für schuldig befunden, aufrührerische Reden geführt zu haben. Zu seiner Verteidigung führte er aus, daß die Polizei seine Rede arg entstellt habe und daß die inkriminierten Sätze in leichtfertiger Weise aus dem Zusammenhang gerissen seien. Der Richter verurteilte ihn darauf zu sieben Monaten Gefängnis.

Das Klassenurteil wird natürlich von der Arbeiterschaft Großbritannien nicht ruhig hingenommen, in Hunderten von Resolutionen protestieren sie dagegen und fordern die Freilassung Larkins. Sie hoffen damit den gleichen Erfolg zu haben, den die Protestbewegung bei der Verurteilung des Lokomotivführers Caudle hatte, der wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, aber infolge der Protestbewegung, speziell der Eisenbahner, auf Antrag des Ministers des Innern begnadigt wurde.

Robert Williams, der Sekretär der englischen Transportarbeiter-Föderation, der längere Zeit in Dublin war, ist kürzlich nach London zurückgekehrt und bespricht in einem Artikel den Ernst der Lage in Dublin. Er führt aus, daß, so eilig und bedeutungsvoll die Forderung auf die Freilassung Larkins ist, viel notwendiger wäre gegenwärtig die Einberufung einer allgemeinen Gewerkschaftskonferenz, um die Taktik zu beraten, die eingeschlagen werden muß, um den Widerstand der Unternehmer zu brechen. Er schlägt vor, eine Konferenz einzuberufen, zusammengesetzt aus Delegierten des Gewerkschaftskongresses, der Arbeiterpartei und der Generalföderation der Gewerkschaften. Er sagt, trotzdem er ein strenger Anhänger der kühl abwägenden, gut vorbereiteten Aktion ist, erscheint es jetzt notwendig, stärkere Mittel in Anwendung zu bringen, um die unveräußerlichen Rechte gewerkschaftlicher Vereinigung wieder herzustellen. Hierbei kämen hauptsächlich die Eisenbahner und Transportarbeiter in Frage, die gewiß willens wären, tatkräftigere Unterstützung zu leisten, und er ist überzeugt, daß die Unternehmer dann eine verhältnismäßige Haltung einnehmen würden. Williams sagt zum Schluß: „Es ist ja

nicht meine Sache, hier die Nichtkinten vorzuziehen, die wir einschlagen müssen, aber es ist meine aufrichtigste Ueberzeugung, daß wir in viel drastischerer Weise vorgehen müssen als jetzt, wo wir nur Unterstützung senden in der Form von Geld und Lebensmitteln.“ Einigen sich die Dubliner Unternehmer nicht bald mit den Organisationen ihrer Arbeiter, dann können sie sich auf eine Verschärfung des Kampfes gefaßt machen.

Die tarifbrüchigen Malermeister. Die Lohnbewegung der Maler im verfloßenen Frühjahr hat jetzt nachträglich den immerhin seltenen Fall gezeitigt, daß eine ganze Gruppe des Meister-Verbandes vom Haupttarifamt als tarifbrüchig erklärt und der Meister-Verband verpflichtet wurde, diese Mitglieder auszuscheiden. Nach dem Abschluß des Reichstarifvertrages für das Malergewerbe im Mai haben sich die rheinisch-westfälischen Meister bis auf den heutigen Tag geweigert, die Verbesserungen dieses Vertrages voll anzuerkennen und durchzuführen. Sie wollen die Bewilligte Arbeitszeitverkürzung hinausschieben und an der Lohn-erhöhung 1 bzw. 2 Pf. die Stunde abknapsen.

Das von den Gehilfen angerufene Haupttarifamt hat nun mit 15 gegen 2 Stimmen folgende Entscheidung gefällt:

1. Gau II ist tarifbrüchig.
2. Der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe ist gemäß § 9 Abs. 1 des Reichstarifvertrages verpflichtet, die im Gau II organisierten Meister aus ihrer Organisation auszuscheiden. Von dieser Maßgabe werden die Meister nicht betroffen, welche den Reichstarifvertrag nebst den dazu ergangenen Schiedssprüchen anerkennen und sich in irgendeiner Form dem Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe anschließen.

Begründung.

Der Hauptverband der Arbeitgeber hat den Tarifvertrag und damit auch die Schiedssprüche der Unparteiischen anerkannt. Diese Anerkennung wirkt gegen alle im Arbeitgeberverband organisierten Mitglieder ohne Rücksicht darauf, ob einzelne Mitglieder bei der Abstimmung in der Minderheit geblieben sind.

Der Gau II war zugeständenermaßen im Augenblick der Abstimmung durch den Hauptverband Mitglied dieses Verbandes und fiel daher ohne weiteres unter die verpflichtenden Wirkungen des Reichstarifvertrages. Da der Gau II diesen Verpflichtungen trotz wiederholter Vorstellungen, insbesondere auch seitens des Hauptverbandes der Arbeitgeber beharrlich nicht nachkommt, so unterlag von vornherein keinem Zweifel, daß der Gau II die ihm aus seiner Zugehörigkeit zum Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände erwachsenen Verpflichtungen in bewusster Weise verlegt hat und daher in vollem Umfange tarifbrüchig ist.

Nr. 2 der Entscheidung ergibt sich ohne weiteres aus § 9 des Reichstarifvertrages.

Berlin, den 3. November 1913.

Rath. Brenner. v. Schulz.

Es ist ja kaum zu hoffen, daß diese Beurteilung die Herren Meister nun veranlassen wird, sich der gegebenen Rechtslage zu fügen. Im Gegenteil, der Syndikus des Unternehmervverbandes für Rheinland-Westfalen, Dr. Kölich in Barmen, kündigte bereits eine unmittelbar bevorstehende Aussperrung an, für welche die Unternehmer bereits alle Vorbereitungen getroffen hätten.

In anderen Orten haben die Malermeister geglaubt, durch eine eigenartige Auslegung des Tarifvertrages für sich Sonderprivilegien herauszuholen zu können, indem sie die tarifliche Lohnerböhung den Arbeitern verweigerten, die bereits über den Minimallohn standen. Das ist jetzt vom Tarifamt als „dem Geiste der protokollarischen Erklärungen widersprechend“ bezeichnet worden. — Diese Vorgänge im Malergewerbe zeigen wieder einmal, wie auch unter der Herrschaft der Tarifverträge eine straffe Organisation der Arbeiter dringend notwendig ist, wenn die Arbeiter nicht um die Früchte ihres Sieges betrogen werden wollen.

Technisches.

Die Möbelsticherei in Norwegen behandelt im Novemberheft des „Fachblattes für Holzarbeiter“ der Vorstehende des „Norsk Moebelstikker-Forbund“, Kollega P. Narde in Kristiania. Danach wird die Möbelsticherei dort noch ganz handwerksmäßig betrieben und gelten Betriebe mit 40 Arbeitern schon als die größten. Die beigegebenen Abbildungen norwegischer Möbel zeigen aber, daß sich dort eine gute Handwerkertradition erhalten hat, denn sowohl die alten wie die neuen Erzeugnisse sind technisch hochstehende Leistungen, bei denen die Holzschneiderei reichlich Anwendung gefunden hat. Im Neupferen stellen die neueren Arbeiten eine Verbindung der verschiedenen bei uns kultivierten Stilarten mit der heimischen Formensprache dar. Das Heft bringt außerdem Abbildungen der neuen (dritten) Type der Arbeiterwohnung im Berliner Gewerkschaftshaus, die, wie aus dem Begleittexte hervorgeht, in ihrer Ausführung in Gabun-Mahagoni eine gute Aufnahme gefunden hat. Für die Maschinenarbeiter ist eine durch bildliche Darstellungen unterstützte Abhandlung über „Die richtige Behandlung von Sabelmessern“ bestimmt. Eine an sich einfach dünkende Sache wird in einem Artikel „Die Schußlade“ besprochen, und doch zeigt schon die Einleitung, daß es dabei manches zu beachten gilt, um Festigkeit und leichten Gang zu erzielen. Da hierbei auch einige nicht alltägliche Formen beschrieben werden, dürfte dieser Beitrag auch dem kundigen Tischler noch etwas zu sagen haben. Zuguterletzt wird für den Bautischler noch die Feststellung des Flachbogens für Doppelpensler erläutert.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint am 15. jeden Monats und ist von allen Postämtern, Buchhandlungen sowie direkt von der Expedition Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, für 1,20 Mk. im Vierteljahr zu beziehen. Verbandsmitglieder zahlen bei Bezug durch die Zahlstellenverwaltungen nur 1 Mk.

Eingefandt.

An die Delegierten zur Bärstamm-Konferenz!

Die Delegierten werden ersucht, sich wegen Beschaffung von Logis an den Unterzeichneten zu wenden. Am Sonntag, den 22. November, befindet sich das Empfangslokal im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, Saal 2. Soweit möglich, werden die Delegierten von Berliner Kollegen von den Bahnhöfen abgeholt werden. Erkennungszeichen: „Holzarbeiter-Zeitung“.

Richard Schmalbach, Berlin D 17, Hohenlohestr. 18.

Zur Konferenz der Bärstamm- und Pflanzmacher.

Nun findet bald die langgewünschte Konferenz statt, der die Kollegen mit hochgespannten Hoffnungen entgegensehen. Für mich ist hauptsächlich die Frage von Bedeutung: Wie können wir die Kollegen, welche noch abseits vom Wege stehen, in unsere Reihen mit hineinbekommen, damit sie mit uns gemeinschaftlich kämpfen für unsere gute Sache? Hierzu möchte ich auf unseren Antrag hinweisen, nämlich Einführung von Staffelnbeiträgen ohne Einschränkung der Unterstützungsfähigkeit. Ich rechne dabei auf den Idealismus der Kollegen in den Zahlstellen, wo die Starken die Schwächeren unterstützen sollen, und hoffe durch den niedrigen Beitrag viele Kollegen, die nicht organisiert sind, in den Verband zu bekommen. In den verschiedenen Einsendungen zur Konferenz ist von der Abschaffung der Gefängnis- sowie Heimarbeit noch wenig die Rede gewesen. Auch diese Frage ist wichtig, und wäre die Abschaffung für uns von großem Nutzen.

A. Baer, Elmshorn.

An die Ortsverwaltungen, Sektionen und Unfallschutzkommissionen der Maschinenarbeiter, Schneidmüller, Säger und Hilfsarbeiter.

Die Zentralkommission der Maschinenarbeiter, Schneidmüller, Säger und Hilfsarbeiter Deutschlands hat beschlossen, den Kollegen bei ihrer Berichterstattung für das Jahr 1913 die Berücksichtigung der folgenden Punkte zu empfehlen:

- 1. Haben die Zahlstellen, Sektionen oder Unfallschutzkommissionen die Agitation für Einhaltung und Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften sowie Verbesserung des Unfallschutzes betrieben und dabei auch Fortschritte erzielt? Und welche Fortschritte sind zu verzeichnen? 2. Haben die Aufsichtsbehörden (welche?) eventuelle Beschwerden der Zahlstellen, Sektionen, Unfallschutzkommissionen oder einzelner Kollegen über unfallfördernde Mängel in den Betrieben untersucht und Abhilfe geschaffen? 3. Konnten Beschwerden über solche Betriebsmängel, wegen zu erwartender Mängelregelung der Beschwerdeführer durch die Arbeitgeber, den zuständigen Aufsichtsbehörden nicht übermittelt werden? 4. Sind solche Mängelregelungen erfolgt? In welchen Betrieben? Aus welchen Ursachen? 5. Weigern sich Maschinenarbeiter, Schneidmüller, Säger usw. Schutzvorrichtungen in Anwendung zu bringen? Aus welchen Ursachen? In welchen Betrieben? 6. In welchen Betrieben wird von Arbeitern verlangt mit zwei oder mehreren Kreisfägebältern, an einem Wellensummel montiert, zu arbeiten? Oder wie sind diese Kreisfägen sonst beschaffen? 7. Wie sind die allgemeinen Betriebsverhältnisse am Orte?

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, Sektionen und Unfallschutzkommissionen von diesen Fragen Kenntnis zu nehmen, da eigene Berichtsfragebogen nicht ausgegeben werden und die Einsendung der Berichte bis 31. Dezember d. J. an den Unterzeichneten durchzuführen. Insbesondere bitten wir, die nichterledigten, unfallfördernden Betriebsmängel genau beschrieben zu unserer Kenntnis zu bringen, damit bei den zuständigen Aufsichtsbehörden das Erforderliche veranlaßt werden kann.

Die Zentralkommission.

J. A. Frz. X. Attenhofer, München, Feuerbach 13 II.

Zur Holzstaubvergiftung.

Der Bericht über die Holzstaubvergiftung in Plauen in Nr. 44 der „Holzarbeiter-Zeitung“ veranlaßt mich, daran zu erinnern, was ich schon vor sechs Jahren veröffentlicht habe. Von keiner Seite wurde damals reagiert, als von den Stuttgarter Maschinenarbeitern auf die Gefahren des Holzstaubes hingewiesen wurde. Schon damals forderten die Maschinenarbeiter, daß überall Staubabsaugungen und Brausebäder eingerichtet werden sollen, um den Berufskrankheiten möglichst vorzubeugen. Täglich kommen in den Möbel- und Pianofortefabriken solche Vorenvergiftungen vor, welche die Kollegen kaum beachten. Erst dann begeben sie sich in ärztliche Behandlung, wenn die Hautentzündung schon ziemlich weit vorgeschritten ist. Ich selbst bin schon zweimal von einer solchen Vorenvergiftung befallen worden. Was nun tun? Die Kollegen waren und sind heute in der Frage der Sozialhygiene noch viel zu faumfelig, sie verkennen die von den Maschinenarbeitern gestellte Forderung nach Staubabsaugung und Brausebädern. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Jedes Jahr finden nun bei den Berufsgenossenschaftlichen Sitzungen statt, in welchen die Unfallverhütungsvorschriften durchberaten, eventuell abgeändert werden. Bei diesem Anlaß müssen die Unternehmer stets an die oben erwähnten Einrichtungen erinnert und Anträge hierzu rechtzeitig gestellt werden. Es muß mehr als bisher auf den § 120 a der Gewerbeordnung hingewiesen werden; auch der § 120 b Absatz 3 und 4 ist für die gesamte Kollegenschaft von großem Wert. Wir müssen verlangen, daß die Vorenvergiftung als Unfall angesehen wird, wenn sich auch die Berufsgenossenschaften dagegen sträuben. Wenn die Berufsgenossenschaften es ablehnen, ihre Mitglieder zur Einrichtung von Staubabsaugungsanlagen und Brausebädern anzuhalten, ist es Pflicht der Gewerkschaften, den §§ 120 a, 120 b und 120 d in vollem Umfange Geltung zu verschaffen. Mögen diese Zeilen dazu dienen, daß die Zentralkommission der Maschinenarbeiter, im Verein mit dem Hauptverband, auf die Vertreter der Arbeitnehmer bei den Berufsgenossenschaftlichen Sitzungen einwirken, daß diese im Interesse der Allgemeinheit arbeiten und der Sozialhygiene ihr Augenmerk mehr wie bisher zuwenden.

Joseph Spiegel, Stuttgart.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, im Könnichen Platz 2, bezogen werden.

Das heilige Feuer. Gesammelte Erzählungen, Aufsätze und Gedichte für die arbeitende Jugend von Jürgen Brand. Verlag von J. S. W. Dieckhoff in Stuttgart. Preis haltbar kartoniert 75 Pf., gebunden 1 Mk.

Jürgen Brand gehört zu den eindrucksvollsten Erzählern für die heranwachsende Jugend; wer ihm in Feld und Wald folgt, kommt sicher auf seine Kosten. Das „heilige Feuer“ hat daher einen Anspruch darauf, in diesem Jahre sein Plätzchen auf dem Weihnachtsfest einzunehmen.

Von der von J. S. W. Dieckhoff in Stuttgart herausgegebenen Reinen Bibliothek sind die Bände 29 und 30 erschienen. Das 29. Bändchen ist betitelt: N. Tschernyschewsky. Ein Lebensbild von Georg Stelow. Das 30. Bändchen bringt ein Lebensbild von Michael Bakunin von demselben Verfasser. Der Preis eines jeden Bändchens beträgt broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Vereinspreis 50 Pf.

Mädchenbuch von Adelheid Popp. Band 8 der Sammlung „Die junge Welt“. Herausgegeben von Josef Luitpold Stern. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co. Preis 20 Pf.

Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Elfter Jahrgang 1913. Dieses Jahrbuch ist ein Sammelwerk, das ein Spiegelbild der Tätigkeit der Organe des Zentralverbandes, des Vorstandes, des Ausschusses, des Genossenschaftsrats und des Genossenschaftstages, der Entwicklung des Zentralverbandes selbst und aller seiner angeschlossenen Organisationen, der Revisionsverbände, der Großverbraucher-Gesellschaft, der Verlagsgesellschaft, der einzelnen Konsum- und Arbeitsgenossenschaften, der Unterstützungskasse, des Tarifwesens und des Fortbildungswesens geben soll. Die beiden Bände enthalten mehr als 2200 Seiten Text und Tabellen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

Einnahmen im Oktober.

Ueberschüsse sandten ein: Ebgingen 2000, Freiburg i. B. 800, Berlin B, Bitterfeld, Würzburg I je 600, Edenloben 550, Coblenz, Erlangen, Göppingen je 500, Berlin D, Dresden A, Düsseldorf, Eßlingen, Harburg, Hemmoor, Hermsdorf, Rainerslautern, Karlsruhe, Kirchheim, Mannheim, Oppan, Taiflingen, Weiskense je 400, Aue 350, Adlershof, Ansbach, Augsburg, Bendorf, Biberach, Brandenburg, Café, Köln I, Eilenburg, Elberfeld, Fendelheim, Förderstedt, Gaarden, Vera, Johannsburg, Kiel, Klein-Anheim, Kl.-Zschöcher, München I, Rothensol, Schwemingen, Steglitz, Würzburg II je 300, Förde 280,80, Altenstadt, Deuben, Heidelberg, Helbra, Köhntau Mofan, Ravensberg je 250, Bergen, Wickendorf, Viebrich, Bödingen, Bruch, Chemnitz, Dieterheim, Frankfurt III, Friedenau, Gießen, Hamburg IV, Hamburg V, Hanau, Harleshausen, Heilbronn, Heiligenzell, Hochpauer.

Arbeitslosigkeit im Monat Oktober 1913.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, and Unterstüfung haben erhalten. It includes monthly data for 1913 and 1912, and a summary for October 1913.

Aus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingefandt: Jastrow-Biesenthal, Samter, Schwerin (Warthe)-Großröhrsdorf-Elsterberg-Böhlen, Weimingen-Gettstedt-Murich, Grammb, Neustadt (Holst.)-Holzminden-Hemer, Belbert-Zweibrücken-Donauwörth, Kirchseeon, Zwißel-Nagold, Scherheim, Lübingen, Waldshut.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Table comparing the number of unemployed members per 100 members in various months from 1908 to 1913.

Versammlungs-Anzeigen.

Eisenberg. Sonnabend, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wlchner. Sehr wichtige Tagesordnung.
Frankfurt a. M. (Wärsten u. Rinselmacher.) Samstag, den 15. November, abends 8 Uhr, Sektionsversammlung im Gewerkschaftshaus, Am Schwimmbad 8-10. Colleg 4.

Anzeigen.

Brannschweig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bureau, Werder 32, II. Umhauen, Benutzung des städtischen Nachweises sowie event. der Inserate ist strengstens verboten.
Bremherhausen. Die zureichenden Kollegen aller Branchen haben sich zuerst im Büro, Weich 51-53, nach den hiesigen Verhältnissen zu erkundigen. Das Umhauen und Nachfragen auf anderen Nachweisen ist unzulässig.
Bunzlau. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen sich zuvor über die hiesigen Arbeitsverhältnisse erkundigen bei der Lokalaufsicht einholen. Das Umhauen der Kollegen in den Werkstätten sowie das Umhauen ist unter allen Umständen zu unterlassen. Reiseunterstützung beim Kollegen Paul Graf, Oberstr. 8.
Darmstadt. Arbeitsnachweis Bismarckstraße 19. Umhauen streng verboten.
Essfurt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen für Erfurt und Umgebung befindet sich nur Hirschschloßufer 29, geöffnet 6-8 Uhr abends. Briefliche Angebote bei den Unternehmern oder Benutzung anderer Nachweise sowie Umhauen ist streng verboten.
Frankfurt a. Main. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Bureau, Alsterdammstr. 51, I., geöffnet vormittags von 9-10 Uhr, nachmittags von 3-4 Uhr. Vermittlung aller in der Holzbranche tätigen Arbeiter, als Bau-, Möbel-, Maschinen-, Modell- und Kisten-, Drechsel-, Tischler-, Fein- und Rahmenmacher, Glaser, Drechler, Bergolder, Wagner (Stellmacher) und die in diesen Berufen beschäftigten Maschinen- und Hilfsarbeiter. Vermittlung für die Stadt und nach auswärtig. Umhauen streng verboten.
Freiburg, Sa. Das Umhauen ist in unserer Zahlstelle streng verboten. Offene Stellen zu erfragen Schulmeisterstr. 33 pt.
Gütersloh. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Büro, Hirschenstr. 24, I., geöffnet von 11-1 und 5-7 Uhr. Samstag von 9 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags. Sonntag geschlossen. Das Umhauen ist strengstens verboten. Von auswärtig in Arbeit tretende Kollegen haben zuvor im Büro Erkundigung einzuholen.
Großschänau. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei dem Bevollmächtigten N. Gulich, Grenzweg 697. Geöffnet mittags 12-1 1/2 Uhr und abends 7 1/2-7 3/4 Uhr. Die Kollegen werden ersucht, nur diesen Nachweis zu benutzen. Umhauen streng verboten.
Hannover. Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kollegen Wähler, Neuenmarktstr. 30, woselbst auch die Unterstützung ausgegibt wird. Die zureichenden Kollegen werden gebeten, das Umhauen zu unterlassen und nur den Nachweis zu benutzen. Auch schriftliche Anfragen beim Unternehmer sind strengstens untersagt.
Kiel. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Gewerkschaftshaus, Hinterbleiche. Umhauen und schriftliche Anfragen sind nicht gestattet. Die zureichenden Kollegen haben sich in erster Linie im Zahlstellenbüro zu melden.
Königsberg. Die Auszahlung der Reiseunterstützung erfolgt im neuen Verkehrslokal, im „Salomon“, Joh. Hugo Rolle, Hochstraße, dabeilbst Arbeitsnachweis. Umhauen verboten.
Mainz. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Jungaffe 13, 5th. I. Umhauen ist verboten.
Obernau. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18, II., geöffnet 8 bis 1 und 3 bis 7 Uhr. Die zureichenden Kollegen haben sich in erster Linie hier zu melden. Umhauen ist streng verboten.
Rabenau. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18, Eingang Mittelgasse 1. Eing. Geöffnet von 11-1 und 5-7 Uhr. Umhauen ist verboten.
Schmerin i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet sich für alle Branchen bei Göhn, Gr. Moor 19. Geöffnet abends 6 1/2-7 1/2 Uhr. Morgens von 9-10 Uhr Kontrollzeit. Die Kollegen dürfen nur durch unser Nachweis in Arbeit treten. Umhauen streng verboten.
Stuttgart. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das städtische Arbeitsamt in Stuttgart, Königstr. 24, in Gegenwart des Kollegen A. Das Umhauen im Zahlstellenbüro ist strengstens verboten.
Wegscheid. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Seefeld, Kirchstr. 69. Geöffnet morgens von 10-11 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr. Umhauen und schriftliche Anfragen beim Unternehmer sind streng verboten, ebenfalls die vorübergehende Benutzung eines anderen Arbeitsnachweises.
Wetzlar i. C. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich zuvor am Auskunftsbüro des städtischen Nachweises zu melden. Umhauen ist verboten.
Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Holzschreiner, Drechler und Wagner befindet sich bei dem Kollegen Wilhelm Reil, Hauptstr. 22. Umhauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Weidenstraße 49, ausgegibt. Im Büreau am abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags 12-1 Uhr.
Zwickau. Die zureichenden Kollegen, welche hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich zuvor Auskunft einzuholen über die Lage und Arbeitsverhältnisse bei dem Bevollmächtigten E. Schenker, Hirschstr. 24, I., oder bei dem Kollegen Franz Sauer, Hauptstr. 21, in Begleitung eines Anstands über Arbeitsvermittlung und rechtliche Unterstützung. Sonntags abends 6-8 Uhr, Sonntags 11-1 Uhr. Das Umhauen ist unbedingt zu unterlassen.

Lokalbeamter.

Die vereinigten Zahlstellen Werbau, Wittau und Zwickau suchen zum baldmöglichsten Zutritt einen Beamten. Derselbe muß im besonderen in der Agitation, den Kassengeschäften u. sämtlichen Verwaltungsarbeiten bewandert sein, sowie die Befähigung besitzen, die erforderliche Korrespondenz und Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu führen. Das Gehalt richtet sich nach den Beschlüssen des Wüdnener Verbandstages.
Kollegen, die sich für diesen Posten befähigt halten und mit den Verhältnissen in diesem Bezirk bekannt sind, müssen mindestens 5 Jahre gewerkschaftlich und politisch organisiert und auch in der allgemeinen Arbeiterbewegung bewandert sein.
Offerten, unter Angabe der bisherigen Tätigkeit auf obengenannten Gebieten und unter Beifügung einer kurzen Abhandlung über die Tätigkeit eines Lokalbeamten sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis 26. November an den Kollegen Theodor Kollmeier, Werbau i. Sa., Leubnitz, Bahnhofstr. 14, zu richten.

2 Gefellen auf furnierte Arbeit können sogleich eintreten bei
Otto Hausen, Tischlerei mit elektr. Betrieb, Rügenwalde a. d. Ostsee.

Einen tüchtigen Polierer und Betzer auf Möbelarbeit für sofort gesucht.
Emil Werner, Glesburg, Glücksburgerstr. 150.

Für unsere neue Stuhlfabrik suchen wir für sofort mehrere tüchtige
Stuhl- und Sesselbauer, Maschinenarbeiter, einen tüchtigen
Drechsler und Polierer.

Da fast nur Lederstühle angefertigt werden, ist der Verdienst ein guter.
Penfelin & Co., Stuhlfabrik Holzwinden a. Weser.

Tüchtiger, solider Fachmann als
Meister
für Sperrholz nach dem Auslande gesucht. Offerten mit nur guten Referenzen sind einzureichen unter
Z. 13454 bei Haasenstein & Vogler A.-G., Leipzig.

Gewandten Polierer für Photographierahmen stelle sofort ein. Gutbezahlte dauernde Stellung. Paul Hove, Bejle (Dänemark).

Tischler, welcher im Beizen, Polieren und Fertigmachen gut verfahren ist, gesucht. Er soll auch bei der Kundenschaft die Möbel aufstellen. Es wird Wert gelegt auf einen Mann, der solid und gewissenhaft ist und auf eine dauernde Stellung reflektiert. Eintritt kann sofort erfolgen.
Otto Hflig & Co., Kunstgewerblich. Möbelfabrik Auerbach i. Bogit.

Wir brauchen sofort 2 erstklassige Gummi-dreher aus der Füllfederbranche, schnelle u. gute Arbeiter, welche sich als Vorarbeiter in 2 verschied. Abteil. einarbeiten u. ein Personal von 80 Pers. beaufsichtigen können. Ausichtsreiche Stellungen bei gut. Gehalt. Englische Sprachkenntnis nicht erforderlich. Deutsche Firma. Offerten erbeten an
Perot-Carpenter & Co., Chapel Street, Seacombe, Liverpool, Engl.

Korbmacher auf Rohrarbeit
u. Feddigrohrmöbel sucht für dauernd
Zeiler Transportkorbfabrik
Seitz.

Korbmacher für Reparatur, Geflochten u. Rohrarbeit gesucht. Laubsumme oder Blinde ausgeschlossen.
Berg & Schulz, Glesburg.

2 Korbmacher
suche sofort auf Mattarbeit.
Georg Kuhn, Korbmacher Ritzsch Nr. 27, R. Grünberg (Schlesien).

2 bis 3 Korbmacher auf Großgeschlagen stellt sofort ein A. Granow, Korbmacherei Pletschin i. Oderbruch.

Korbmachergehilfe, laibterer Arbeiter, auf Geflochtenes bei hohem Lohn gesucht.
Karl Alenzel, Dresden-A., Reifeldstr. 67.

2 Korbmacher auf Mattarbeit stellt sofort ein
J. Reuter, Herrschdorf i. Nhb.

2 Korbmacher auf Feddigrohrmöbel gesucht oder solche, die es lernen wollen.
B. C. Grambed, Waprow (Hannover).

Tüchtige junge Korbmacher auf Weißgeschlagen sofort bei hohem Lohn u. dauernder Stellung gesucht. Reisegeld nach Ueberkunft.
Friedr. Köpke, Wittenburg (Meckl.).

4 Korbmacher auf Großgeschlagen sucht
A. Hofmann, Dresden-N., Rudolfstr. 8.

Tücht. Korbmachergehilfe für Geflochtenes und Reparaturen bei hohem Lohn sofort gesucht.
W. Knape, Korbwarengeschäft Elberfeld, Hochstr. 89.

Suche 2 Korbmacher auf edlige Rohrarbeit. Lohn nach Tarif.
Herrn. Eising, Rheine (Westf.).

Goldner junger Wärstenmacher für sofort gesucht.
Eng. Hartmann, Gebweiler i. El., Hauptstraße 48.

Lizenzverkauf evtl. Fabrikationsrecht für alle Orte (außer Sachsen). Geschäftl. Hausfrau artikel d. Holzbranche, d. jede spars. Hausfrau kauft. Muster für 60 Pf. franco. S. Lange, Dresden-N., Marktgr.-Heim-Platz 23, I.

Der Kastenmacher
Preis 20.- Mk. und 7 Abhandlungen über Bindschrauben, Preis 13.50 Mk. von Feldwabel in Wien, sind die beste Rechen- und erfahrung jedes Fachblatt. Unentbehrl. für jed. Wagner. Zu bestell. durch J. Mater, Unterlichten bei Stuttgart, Barbarossastr. 100.

Eingelegte Furniere
für Nützliche, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben.
E. Biller, Marqueter, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Bleislitze u. Mahlfäbe „Solidität“ nur von Jean Bloß, Nürnberg-Stein.

Amerik. Werkzeug-Neuheiten.
Patent-Schraubenzieher Original Nr. 80, ausgezogene Länge 50 cm, mit 3 Ringen à 4.50 Mk. Schraubhobel Nr. 80, mit 1 Eis. 70 mm breit à 2.25 Mk., Reform-Puhobbel mit Garantie 1 a à 5.25 Mk.; Feinfräher 1 a Stahl, 60 mm br. à 60 Pf.; Echte Dilton-Richtlingen à 30 Pf., 6 Stk. 1.50 Mk.; Bohrwinden u. Augellager à 1.50 Mk. Verlangen Sie sofort gratis
Neul Plakat Januar 1914 Neul
mit diesen neuen Abbildungen von
Otto Bergmann, Berlin SO. 33 Oppelner Strasse 31.

Leim- u. Furnieröfen fertigen als Spezialität schon von 28 Mk. an. Prospekt gratis.
Gebr. Bettinger, Freiburg i. B. 2.

Gelegenheitskauf!
Wir sind in der Lage, den Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes eine Mappe mit
Detail-Zeichnungen für Tischler
zum Vorzugspreis anzubieten.
Die Mappe enthält 40 Tafeln mit Detail-Zeichnungen von Türen, Wohn- und Schlafzimmern sowie Küchen-Möbeln usw. Wir liefern dieselbe zum Preise von Mk. 3.- während der Ladenpreis Mk. 5.- beträgt.
Bestellungen sind zu richten an die
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G.m.b.H., Berlin SO. 16. Am Kölnischen Park 2.

Sachblatt für Holzarbeiter
behandelt u. a. in Wort und Bild
Die richtige Behandlung von Hobelmessern.
Aus dem sonstigen Inhalt haben wir hervor: Die Möbelsticherei in Norwegen. Von P. Harde, Kristiania. (Mit Abbildungen). Neues vom Arbeitermöbel. (Mit Abbildg.). Die Schablade. (Mit Konstruktionszeichn.). Die Stimmeln in der Gefächerei.
Abonnements auf die monatlich erscheinenden Hefte zu 1 Mark pro Vierteljahr werden vor allen Zahlstellen angenommen.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.
Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 1. Novbr., bis Freitag, 7. Novbr. 1913.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Sattelfler			Möbelfischer			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C			
Berlin	15	902	109	1320	16	287	84	485	6	79	106	779	336	3852							
Bremen	11	116	9	27	4	8	8	1	7	10	31	170									
Breslau																					
Celle																					
Eilenburg																					
Forst																					
Hamburg																					
Hannover	8	114	12	68	2	8	1	8	1	34	23	233									
Herford																					
Hildesheim	3	61	2	12	2	2															
Zusammen	37	1198	134	1451	22	305	85	501	7	82	113	826	398	14363							
Vor. Woche	47	1211	165	1371	33	294	97	505	4	70	125	816	471	14267							

NE. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweise zu benutzen.
Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, G. m. b. H., in Berlin SO. 16.

Paul Horn
Polltur- und Lackfabrik
Hamburg 23.
Unübertroffen und darum von so großer Werbekraft sind meine nach mehr wasserrechtigen Verfahren hergestellten und gereinigten Schellack-pollituren und meine hochmodernen Holzbeizen, die sich durch besondere Farbenpracht auszeichnen (Eichenbeizen, Albo-Musabeizen, Salmiakbeizen, Spiritusbeizen, Ambrantbeizen usw.). Mein neues Polierverfahren hat sich glänzend bewährt. Es ist durch Reichspatente gesetzlich geschützt!
Man erspart Material, Zeit und Arbeit!
Ich versende zum Versuch ein Körbchen, enthaltend:
1 Flasche Peha-Matt
1 „ Neutral-Schellackpollitur-Extrakt
1 „ Patentpollitur zum Reinpollieren
1 „ allerfeinsten Pollitur-Glanzack (blond)
1 „ Kristall-Lack (blond)
1 „ Schleif- und Polieröl (gelblich)
1 Dose Porenpulver Mon-Ak (mahagoni)
1 „ Bimsstein-Polier-Pulver (hellrot)
1 Tube Inkrustationskit, blond (zum Auskitzen schadhafter Holzstellen)
1 Stück Korik-Schleifklotz (120x75x30 mm)
Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuchskörbchen zum Polieren zu 8 Mk., frk. inkl. Emballage.

Patent Broschüre über „Selbstanmeldung“ gratis v. K. Berbig, Hannover, Misburgerdamm 77.

Laubfägerei
Kerbschnitt- u. Holzbrand-Werkz., Holz-Vorklagen usw. in groß. Auswahl billigst.
J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.
Katalog gratis und franco.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel
liefert seit 30 Jahren
Jean Holze & Co.
Hamburg, Besenbinderhof 70.

Streichs Tischler-Fachschule Cöthen
Erste deutsche Beiz- und Poliermeister-Schule.
Spezialkurse für alle Betriebsbeamten.
Programm kostenlos durch die Direktion.

SEIT 20 JAHREN
steht die
Fachschule Detmold
an der Spitze der Tischlerfachschulen
Auskunft frei.
DIREKTOR KOLSCHER

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Nürnberg.
Erstkl. techn. u. kunstgewerblich. Lehranstalt m. Handlungskursen.
Größe und anerkannt beste Privat- u. Prog. und schule der Branche. - Im 8. Schuljahr - Brosch. erhalten 69 Schüler. Stellung. umsonst.

Thüringische Tischlerfachschule Ilmenau
Schnelle und sichere Ausbildung.
DIREKTION: Architekt Kallsen.

Kunstgewerbliche Tischler-Schule
Blankenburg, H. 2
Programm frei. Direktor Reineking.